

## Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

### 53. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 5. bis 9. Oktober 2007 in Reykjavik, Island

#### Inhaltsverzeichnis

	Seite	
<b>Teilnehmer der deutschen Delegation</b> .....	1	<i>Abgeordneter Robert Hochbaum (CDU/CSU), Abgeordneter Lothar Ibrügger (SPD), Abgeordneter Markus Meckel (SPD), Abgeordnete Ursula Mogg (SPD), Abgeordneter Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Abgeordneter Ruprecht Polenz (CDU/CSU), Abgeordneter Hans Raidel (CDU/CSU), Abgeordneter Kurt J. Rossmann (CDU/CSU), Abgeordnete Anita Schäfer (CDU/CSU), Abgeordneter Dr. Rainer Stinner (FDP), Abgeordneter Andreas Weigel (SPD).</i>
<b>Ablauf der Tagung</b> .....	1	
<b>Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)</b> .....	2	
<b>Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)</b> .....	4	
<b>Politischer Ausschuss (PC)</b> .....	7	
<b>Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)</b> .....	14	
<b>Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)</b> .....	17	
<b>Plenarsitzung</b> .....	20	
<b>Entschlüsse</b> .....	23	

Die 53. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV) fand vom 5. bis 9. Oktober 2007 in Reykjavik, Island, statt.

#### Teilnehmer der deutschen Delegation

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

##### Deutscher Bundestag:

*Abgeordneter Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Leiter der Delegation,*

*Abgeordneter Kurt Bodewig (SPD),*

*Abgeordneter Dr. Wolfgang Götzer (CDU/CSU),*

##### Bundesrat:

*Staatsminister Volker Bouffier (CDU), Hessen, Leiter der Delegation,*

*Staatsminister Karl Peter Bruch (SPD), Rheinland-Pfalz,  
Minister Lorenz Caffier (CDU), Mecklenburg-Vorpommern,*

*Minister Holger Hövelmann (SPD), Sachsen-Anhalt,*

*Senator Wilfried Lemke (SPD), Bremen,*

*Minister Harald Schliemann (CDU), Thüringen,*

*Minister Jörg Schönbohm (CDU), Brandenburg*

*Minister Dr. Ralf Stegner (SPD), Schleswig-Holstein,*

*Minister Dr. Ingo Wolf (FDP), Nordrhein-Westfalen.*

##### Ablauf der Tagung

Die Sitzungen der Fachausschüsse fanden am Samstag, dem 6. Oktober, und am Sonntag, dem 7. Oktober 2007, statt, die des Ständigen Ausschusses am Montag, dem 8. Oktober 2007. Das Plenum tagte am Dienstag, dem 9. Oktober 2007.

## Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

Der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit tagte am Samstag, dem 6. Oktober, und Sonntag, dem 7. Oktober 2007, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich).

### I. Überblick über die Themen

Die Ausschussmitglieder befassten sich in ihren Beratungen mit Island und der zivilen Dimension der maritimen Sicherheit, dem Islam im Kaukasus, Montenegro, der Thematik Geheimdienst, dem Terrorismus und Bürgerrechten, dem Kosovo und der Zukunftssicherheit auf dem Balkan sowie dem Schutz kritischer Infrastrukturen.

### II. Vortrag von Björn Bjarnason (Island), Minister für Justiz und Kirchenangelegenheiten, zum Thema „Island und die zivile Dimension der maritimen Sicherheit“

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Abgeordneter **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich) und Annahme des Protokolls des Treffens in Portugal im Mai 2007 sprach Minister **Björn Bjarnason** über Island und die zivile Dimension maritimer Sicherheit. Die Vereinigten Staaten hätten im März 2006 den Rückzug ihrer Truppen aus Island bekannt gegeben, da in dieser Region keine militärische Bedrohung perzipiert werde. Da die arktischen Gewässer aber den einzigen Atlantikzugang für die russische Nordmeerflotte darstellten, behielten diese weiterhin eine hohe strategische Bedeutung und gewannen aufgrund ihrer Energieressourcen in Zukunft noch eine zusätzliche Bedeutung für die Vereinigten Staaten und Europa. Dies führe dazu, dass die Barentsee und der Nordatlantik eine wirtschaftlich sehr dynamische Region von enormer Wichtigkeit für die Europäische Union (EU), die Vereinigten Staaten und Kanada werden würden. Durch den Rückzug amerikanischer Truppen ginge ein Pfeiler der isländischen Sicherheitspolitik verloren, da man nicht über eigenes Militär verfüge. Deshalb seien eine verstärkte Kooperation innerhalb der NATO und eine Zusammenarbeit mit regionalen Partnern unerlässlich.

In der Diskussion gab es unterschiedliche Vorstellungen über militärische Bewegungen Russlands in der Region, insbesondere Aufklärungsflüge der russischen Luftwaffe an den Grenzen von NATO-Mitgliedsländern. Besorgnis wurde dahingehend vom Abgeordneten **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) geäußert, der aber gleichzeitig anmerkte, dass alles getan werden müsse, um Zustände wie im Kalten Krieg zu vermeiden. Bezüglich des Abzugs amerikanischer Truppen zeigte er sich enttäuscht. Der Abgeordnete **Valeriy Bogomolov** (Russische Föderation) erklärte, dass diese Flüge unternommen werden, um etwaige terroristische Bedrohungen in der Region aufspüren und verhindern zu können. Er bot gleichzeitig an, gemeinsam mit Island Beobachtungsflüge im Rahmen der NATO-Russland-Vereinbarung einzuführen.

### III. Präsentation von Dr. Brenda Shaffer, Belfer Zentrum für Wissenschaft und Internationale Angelegenheiten, Harvard University, und Lehrbeauftragte der Universität Haifa, zum Thema „Islam im Kaukasus“

**Doktor Brenda Shaffer** äußerte in ihrem Vortrag die Auffassung, dass im Hinblick auf Zentralasien und den Kaukasus Geopolitik eine wichtigere Rolle bei der Analyse der Region spiele als Werte- oder Identitätsbegriffe. Es gebe in den Ländern der Region eine strikte innenpolitische Trennung zwischen Kirche und Staat, welche u. a. die Gründung von Koranschulen und muslimischen politischen Parteien untersagt. Diese klare Trennung zwischen Kirche und Staat belege die Abwesenheit der Religion in den Außenpolitiken. Der Wunsch, euroatlantischen Institutionen beizutreten, habe auch die Schaffung politischer Institutionen nach sich gezogen, die denen in den EU-Staaten formal entsprächen. Auch der Iran handle in erster Linie nicht aus religiösen, sondern aus wirtschafts- und machtpolitischen Interessen. Zusammenfassend erklärte Doktor Brenda Shaffer, dass Geographie, Bruttoinlandsprodukt und Stärke des Militärs weit bessere Anhaltspunkte seien, um die Staaten dieser Region zu verstehen, als etwa kulturelle oder religiöse Identität.

In der anschließenden Diskussion wurde sowohl die wichtige Rolle der NATO (Abgeordnete **Barbara Haering**, Schweiz) als auch Russlands (Abgeordnete **Ann McKechin**, Vereinigtes Königreich) bei der Stabilisierung und Demokratisierung dieser Region genannt. Dabei sollten Russland verstärkt die eigenen Vorteile einer solchen Entwicklung der Region verdeutlicht werden. **Doktor Brenda Shaffer** merkte an dieser Stelle an, dass demokratische Staaten viele interne Krisen verhindern oder besser bewältigen können als andere, was aber insbesondere dann schwierig sei, wenn ein Land sich noch im Übergangsprozess befände und seine Regierung nicht gesellschaftlich anerkannt sei. Abgeordneter **Gudrat Hasanguliyev** (Aserbaidschan) sprach sich für eine Hilfestellung der NATO bei in der Region auftretenden Konflikten aus. **Doktor Brenda Shaffer** wies abschließend darauf hin, dass Russland eine Schlüsselfigur im Atomstreit mit dem Iran darstellen könne.

### IV. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Unabhängiges Montenegro: Frühbewertung und Aussichten für eine euroatlantische Integration“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter Vitalino Canas (Portugal)

Der Generalberichterstatter Abgeordneter **Vitalino Canas** stellte die gegenwärtige Situation in Montenegro dar und unterstützte die Forderung nach institutionellen Reformen, welche Montenegro eine EU- und NATO-Mitgliedschaft ermöglichen sollen. Insgesamt beurteilte er die Entwicklung in Montenegro positiv. Es gäbe jedoch noch einige große Herausforderungen, derer sich Montenegro annehmen müsse. Im Speziellen seien dies die Verabschiedung einer Verfassung sowie die Konsolidierung eines funktionierenden multiethnischen Staates.

Der Botschafter **Veselin Sukovic** (Montenegro) betonte, dass sowohl eine euroatlantische Integration Montenegros als auch eine gute regionale Zusammenarbeit, etwa mit Serbien, zurzeit Priorität in Montenegros politischen Bemühungen haben. Dahingehend habe man schon Kontakte mit der NATO geknüpft und Gesetze verabschiedet, die die Rolle und den Status der Streitkräfte und die äußere Sicherheit betreffen. Der Vorsitzende erwähnte, wie beeindruckt er von den Fortschritten sei, die in dem Land gemacht würden, bemerkte aber auch, dass es noch Hindernisse auf dem Weg zu einer euroatlantischen Integration gebe. Deshalb müsse, so bald es gehe, vom Parlament eine Verfassung verabschiedet werden. Als problematisch sehe er die nur sehr langsam fortschreitende Reformierung der Judikative an. In der weiteren Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass Montenegro eine stabilisierende Funktion in der Region ausüben solle. Voraussetzung hierfür sei eine eigene Verfassung, die dem Land innere Stabilität verleihen müsse.

**V. Panel mit Mark M. Lowenthal, Präsident und Chief Executive Officer (CEO), Intelligence & Security Academy, und Hans Born, Senior Fellow, Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces, DCAF), zum Thema „Intelligence, Terrorism and Civil Liberties“**

Eingangs referierten **Mark M. Lowenthal**, Präsident und CEO der Intelligence & Security Academy, und **Hans Born**, Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF), zu diesem Thema. **Mark M. Lowenthal** stellte zunächst fest, dass Terrorismus heutzutage ein globales Phänomen sei, das nicht getrennt von anderen flankierenden gesellschaftlichen Maßnahmen entweder nur von der Polizei oder nur dem Geheimdienst bekämpft werden könne. Diese Kooperation müsse allerdings auch auf internationaler Ebene stattfinden, beispielsweise durch eine Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit von Geheimdiensten. Frühe Erfolge gegen den internationalen Terrorismus könnten zukünftige Beeinträchtigungen bürgerlicher Freiheiten verhindern. Auch **Hans Born** sieht eine Zusammenarbeit von Geheimdiensten als elementar für einen erfolgreichen Kampf gegen den internationalen Terrorismus, sprach sich allerdings gleichzeitig deutlich für eine Kontrollfunktion der Parlamente über Geheimdienste aus. Er schlug die Bildung eines Netzwerkes für einen aktiveren Informationsaustausch und eine bessere Kooperation vor. Ziel sei die Förderung des Dialoges und eine Kooperation in der Ausbildung. Weiterhin sprach er sich für eine gemeinsame Überwachung der Geheimdienste durch eine Koordination nationaler Überwachungsbehörden aus. Dabei gelte es allerdings zunächst, noch einige Hindernisse zu überwinden.

Der Abgeordnete **Roland Kortenhorst** (Niederlande) merkte an, dass ein schwerwiegendes Problem in diesem Zusammenhang die gegensätzliche Ausrichtung der Arbeit von Parlamenten und Geheimdiensten darstelle.

Während die Arbeit des Parlaments aus Transparenz und dem Zurverfügungstellen von Informationen gekennzeichnet sei, arbeiteten Geheimdienste in eine entgegengesetzte Richtung. Der Vorschlag einer internationalen Überwachung von Geheimdiensten wurde kontrovers diskutiert. So wurde etwa von **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) darauf hingewiesen, dass diese parlamentarische Überwachung auf nationaler Ebene bereits bestehe. **Hans Born** gratulierte Frankreich zur Einführung einer parlamentarischen Überwachung der Geheimdienste.

**VI. Beratung des Sonderberichtsentswurfs „Der Kosovo und die Zukunft der Sicherheit auf dem Balkan“, vorgelegt vom Sonderberichterstatter Abgeordneter Vitalino Canas (Portugal)**

Der Sonderberichterstatter Abgeordneter **Vitalino Canas** wies darauf hin, dass gegenwärtig noch viele ungelöste Probleme ein friedliches Zusammenleben im Kosovo bedrohen. Ein ausgehandeltes Abkommen sei die beste Lösung für einen stabilen, multiethnischen Kosovo. Abschließend bekräftigte er, dass der Kosovo, ungeachtet seines künftigen Status, ein multiethnisches Gefüge bleibe und deshalb der Minderheitenschutz oberste Priorität habe.

Der Abgeordnete **Marko Djuricic** (Serbien) äußerte Besorgnis bezüglich des steigenden Grades an Korruption und organisiertem Verbrechen im Kosovo. Der Abgeordnete **Besim Dogani** (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) regte an, dass die internationale Gemeinschaft Pristina und Belgrad bei der Suche nach einer gemeinsamen Lösung zur Seite stehen sollten.

**VII. Beratung des Sonderberichtsentswurfs „Der Schutz kritischer Infrastrukturen“, vorgelegt vom Sonderberichterstatter Lord Jopling (Vereinigtes Königreich)**

Der Sonderberichterstatter **Lord Jopling** wies darauf hin, dass der Schutz kritischer Infrastrukturen zunächst einmal nationale Sache sei, durch den Klimawandel und den internationalen Terrorismus aber zunehmend vor neue Herausforderungen gestellt würde, die eine Zusammenarbeit auch auf diesem Gebiet unabdingbar machen. Bisher waren diese Versuche von Zusammenarbeit allerdings eher vereinzelt und inkonsistent, zudem habe die Rivalität zwischen der EU und der NATO zu einer weiteren Komplexisierung des Problems beigetragen. Deswegen müsse die Versammlung dazu beitragen, diese Rivalität abzubauen und eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen EU und NATO herbeiführen. Zudem müsse ein koordiniertes Handeln zwischen öffentlichen und privaten Sektoren in diesem Bereich stattfinden.

Der Minister **Dr. Ralf Stegner** (Deutschland) kritisierte den neuen Zusatzantrag. Die Tatsache, dass der Bericht behauptete, militärische Operationen benötigten kritische Infrastrukturen, sehe er eher als praktische Fügung denn als ernste Argumentationsgrundlage. Zudem brachte er die Frage auf, ob es Methoden und Parameter dafür gebe, welche Einrichtungen primär geschützt werden müssten. Im weiteren Verlauf wurde kritisiert, dass der Bericht Ter-

rorismus und den Schutz von Energieressourcen zu eng verknüpfe. Dies könnten Länder, in welchen diese Ressourcen vorhanden sind, als Entschuldigung nehmen, um unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung die Opposition zu unterdrücken.

### VIII. Beratung des Entschließungsentwurfs „Die Rolle und Aufgabe der NATO beim Zivilschutz“

**Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) berichtete, dass er zwölf Änderungsanträge zum Entschließungsentwurf erhalten habe und bestätigte, dass alle angenommen werden würden. Da es keine weiteren Stimmen dazu gab, wurde der Entschließungsentwurf einstimmig verabschiedet.

### IX. Beratung des Entschließungsentwurfs „Die Förderung der Stabilität auf dem westlichen Balkan“

**Vitalino Canas** (Portugal) trug die der Entschließung zugrunde liegenden Überlegungen vor, die in engem Zusammenhang zu dem Bericht stehen. Es wurden insgesamt neun Änderungsanträge von Delegationen eingebracht. Einer der Änderungsanträge wurde abgelehnt sowie zwei zurückgezogen.

### X. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Democratic Governance“ über „Staat und Religion im Schwarzmeerraum“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Bert Middel (Niederlande)

Da der Abgeordnete **Bert Middel** (Niederlande) nicht anwesend sein konnte, wurde die Diskussion über den Berichtsentwurf auf die nächste Tagung in Berlin, Deutschland, vertagt.

### XI. Ausschuss- und Unterausschussaktivitäten im Jahr 2008

Der Vorsitzende informierte den Ausschuss über vergangene Besuche und künftige Aktivitäten des Ausschusses und der Versammlung im Jahr 2008. Das vorläufige Programm wurde wie folgt verabschiedet: Vom Berichterstatter Abgeordneter **Vitalino Canas** (Portugal) wird ein Generalbericht über das Kosovo und die Zukunft auf dem Balkan vorbereitet. Besucht werden sollen Belgrad und Pristina. Der vorläufige Titel des Berichts des Unterausschusses „Democratic Governance“ lautet „The Challenges of Democratic Governance in Central Asia“. Besucht werden sollen die Türkei, Kasachstan oder andere zentralasiatische Länder. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) wurde mit einem Sonderbericht zum Thema „Zivilschutz“ beauftragt.

### XII. Personalien

Die Senatorin Abgeordnete **Jane Cordy** (Kanada), der Abgeordnete **Jean Puech** (Frankreich) und Abgeordneter **Dennis Moore** (Vereinigte Staaten) wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses gewählt. Der Abgeordnete **Marc Angel** (Luxemburg) wurde zum Be-

richterstatter des Unterausschusses „Democratic Governance“ gewählt. Alle anderen Mitglieder in den Gremien des Ausschusses bzw. seines Unterausschusses wurden in ihren Ämtern bestätigt.

### Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

Der Ausschuss tagte am Samstag und Sonntag, 6. und 7. Oktober 2007, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Julio Miranda Calha** (Portugal).

#### I. Überblick über die Themen

Hauptthemen der Beratungen waren die geplante Stationierung eines Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien, der Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (*International Security Assistance Force*, ISAF) in Afghanistan, die Zusammenarbeit von NATO und EU und die Entwicklung der Beitrittskandidaten Kroatien, Albanien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Außerdem waren die Beziehungen der NATO zu den Staaten des Südkaukasus (Armenien, Aserbaidschan und Georgien) Gegenstand der Beratungen.

#### II. Unterrichtung der Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie (STC) und des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit (DSC) durch **Robert Bell**, Senior Vice President, European Business Development, SAIC, und durch **General Vladimir Nikishin**, stellvertretender Leiter der Abteilung Internationale Verträge im Verteidigungsministerium der Russischen Föderation, zum Thema „Raketenabwehr“

Ausgehend von der Bedrohung durch einen Iran, der bald im Besitz von Langstreckenraketen und Massenvernichtungswaffen sein könne, beschrieb **Robert Bell** die Errichtung eines Raketenabwehrsystems als erfolgversprechendste Reaktionsmöglichkeit. Eine diplomatische Option stoße wegen der restriktiven Haltung Chinas und Russlands gegenüber schärferen Sanktionen gegen den Iran an ihre Grenzen. Ein präventiver Schlag gegen Irans nukleare Einrichtungen berge die Gefahr eines regionalen Konflikts mit unübersehbaren Folgen. Demgegenüber erscheine das Raketenabwehrsystem der Vereinigten Staaten als ein „dritter Weg“. Im Hinblick auf die entschiedene Ablehnung durch die Russische Föderation wies er darauf hin, dass auch diese über ein Raketenabwehrsystem verfüge und somit gegen eine Bedrohung durch den Iran gewappnet sei. Eine Entscheidung für ein Raketenabwehrsystem auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im Frühjahr 2008 könne auch den diplomatischen Anstrengungen, den Iran an der Produktion nuklearer Waffen zu hindern, einen neuen Schub geben.

**General Vladimir Nikishin** bezeichnete das von seinem Vorredner erwähnte russische Raketenabwehrsystem als ein Überbleibsel des Kalten Krieges, das in Übereinstimmung mit dem *Anti-Ballistic-Missiles*-Vertrag (ABM-Vertrag) errichtet worden sei. Er sei der Auffassung, dass

eine militärische Eskalation den Iran nicht zur Aufgabe seines Nuklearprogramms bewegen werde. Da die iranische Technologie auf sowjetischen Skud-Raketen basiere, deren Reichweite nicht beliebig aufgestockt werden könne, ohne dass die Rakete an Zielgenauigkeit einbüße, halte er die Installierung eines Raketenabwehrsystems gegen die iranische Bedrohung nicht für zwingend. Auch die Rolle Europas als wichtigster Handelspartner des Iran und die Angst vor einem vernichtenden militärischen Gegenschlag würden den Iran von einer militärischen Eskalation abhalten. Ferner würde das geplante Raketenabwehrsystem die südeuropäischen Staaten gar nicht gegen Angriffe mit iranischen Raketen schützen können. Er frage sich daher, ob das System nicht eigentlich gegen Russland gerichtet sei.

Die Abgeordnete **Ana Maria Gomes** (Europäisches Parlament) forderte die Vereinigten Staaten zu verstärkten Verhandlungsbemühungen mit dem Iran analog zu den Gesprächen mit Nordkorea auf. Der Abgeordnete **Andreas Weigel** (Deutschland) bemerkte, das geplante Raketenabwehrsystem sei überwiegend zum Schutz der Vereinigten Staaten geeignet, während Teile Europas ungeschützt blieben. Dies könne Europa, das von der iranischen Bedrohung stärker betroffen sei als die Vereinigten Staaten, nicht akzeptieren. Der Abgeordnete **Tomas Dub** (Tschechische Republik) brachte seine Besorgnis angesichts einer Rhetorik zum Ausdruck, die an den Kalten Krieg erinnere. Er unterstrich, die Tschechische Republik habe der Stationierung eines Radarsystems auf ihrem Staatsgebiet unter der Bedingung zugestimmt, dass dies nicht zur Überwachung russischen Gebiets geeignet sei. Die Abgeordnete **Lubov Sliška** (Russische Föderation) brachte die Besorgnis zum Ausdruck, der „dritte Weg“ könne dazu führen, dass sich die Vereinigten Staaten sicher fühlten und einem Erstschlag positiver gegenüberstünden. Sie bedauerte den Rückzug der Vereinigten Staaten aus dem ABM-Vertrag. Die Abgeordnete **Ellen Tauscher** (Vereinigte Staaten) verdeutlichte das Interesse der Vereinigten Staaten an einem verlässlichen Raketenabwehrsystem, das mit einem NATO-System verbunden werden könne.

### III. Beratung des Generalberichtsentwurfs über „Afghanistan: Beurteilung des Fortschritts und der entscheidenden Herausforderungen für das Bündnis“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter Frank Cook (Vereinigtes Königreich)

Der Generalberichterstatter Abgeordneter **Frank Cook** stellte seinen Generalberichtsentwurf vor. Er bezog sich insbesondere auf den Besuch des Ausschusses in Afghanistan im September 2007 und stellte die Entwicklungen gegenüber dem letzten Besuch im Mai 2006 heraus. Er lobte die Zusammenarbeit mit den *Provincial Reconstruction Teams* (PRTs), mahnte jedoch auch einen verstärkten Austausch zwischen den unterschiedlichen PRTs an, um ihren Einsatz zu optimieren. Problematisch für den Einsatz seien nach wie vor die vielfältigen nationalen *caveats* und die zu geringe personelle und technische Ausstattung. Vor diesem Hintergrund sei die Ausbildung afghanischer Truppen der Schlüssel zum Erfolg. Da es der NATO nach wie vor an einer strategischen Vision

für ihren Einsatz in Afghanistan mangle, rate er zu einem verstärkten politischen Dialog.

Der Abgeordnete **Tiny Kox** (Niederlande) merkte an, der Bericht sei dem Einsatz gegenüber zu unkritisch und mache nicht deutlich, was in Afghanistan tatsächlich benötigt werde. Der Abgeordnete **Robert Walter** (Versammlung der WEU) schlug vor, zur Bekämpfung des Drogenanbauproblems afghanischen Bauern ihre komplette Ernte abzukaufen, wenn sie dafür auf den Mohnanbau verzichteten. Der Abgeordnete **Winfried Nachtwei** (Deutschland) bezeichnete 2007 als ein entscheidendes Jahr für den NATO-Einsatz in Afghanistan. Die internationalen Bemühungen im Hinblick auf die Polizeiausbildung in Afghanistan seien nach wie vor unzureichend. Am Verlauf der europäischen Polizeimission (EUPOL-Mission), die die Verantwortung für die Polizeiausbildung von Deutschland übernommen habe, werde deutlich, dass das Problem noch immer unterschätzt werde. Die Abgeordnete **Ursula Mogg** (Deutschland) betonte Fortschritte insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht. Dringend verbesserungsbedürftig seien aber sowohl die Qualität der afghanischen Polizei als auch der Einsatz der PRTs. Der Abgeordnete **Vahit Erdem** (Türkei) mahnte größere Anstrengungen zur Verringerung ziviler Opferzahlen unter gleichzeitiger Verstärkung der zivilen Aktivitäten des Einsatzes an. Der Abgeordnete **Khalid A. Pashtoon** (Afghanistan) machte deutlich, NATO und afghanische Regierung müssten einen Weg finden, mit den Taliban-Kämpfern ins Gespräch zu kommen, um ihnen eine Beteiligung am politischen System anzubieten. Gleichzeitig mahnte er internationalen Druck auf Pakistan an.

### IV. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit“ über „Die drei Anwärter aus dem Adriaraum: Fähigkeiten und Vorbereitungen“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Sverre Myrli (Norwegen)

Der Berichterstatter Abgeordneter **Sverre Myrli** begann seine Ausführungen mit dem Hinweis, dass die Zukunft des Balkans in der euroatlantischen Integration liege. Im Hinblick auf Albanien hob er die großen Errungenschaften im Bereich der Militärorganisation und -reform hervor, betonte aber auch die Notwendigkeit, das Land im nichtmilitärischen Bereich den NATO-Standards anzupassen. In der kroatischen Bevölkerung habe sich die Zustimmungsrate zu einem NATO-Beitritt erhöht. Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien habe auf dem Feld regionaler Sicherheitspolitik eine sehr konstruktive Rolle gespielt. In allen drei Staaten sei die parlamentarische Kontrolle des Verteidigungssektors ausgesprochen schwach ausgeprägt. Angesichts des fundamentalen politischen und institutionellen Reformprozesses in den drei Staaten sprach sich der Berichterstatter aber für eine Einladung zum Beitritt auf dem NATO-Gipfel 2008 in Bukarest aus, um die Sicherheit und Stabilität im euroatlantischen Raum zu verstärken.

Der Abgeordnete **Kresimir Cosic** (Kroatien) wies auf den Beitrag Kroatiens zur ISAF-Mission in Afghanistan hin und kündigte die Entsendung weiterer 100 Mann im Jahr 2008 sowie die Teilnahme an der EUPOL-Mission

an. Er machte außerdem deutlich, dass die Grenzsicherheit des Balkans im Hinblick auf die Handelsroute afghanischen Heroins nach Europa eine große Bedeutung habe. Der Abgeordnete **Marios Salmas** (Griechenland) nahm auf die andauernden politischen Probleme zwischen Griechenland und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien Bezug. Eine Beitrittslösung, die die griechische Position nicht konterkariere, werde Griechenland aber unterstützen. Der Abgeordnete **Leonard Demi** (Albanien) berichtete über kürzlich eingeleitete Maßnahmen, mit denen das albanische Parlament seine Kontrollfähigkeit in verteidigungspolitischen Fragen ausbauen wolle. Der Abgeordnete **Besim Dogani** (Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) brachte die Erwartung zum Ausdruck, dass sein Land angesichts der erheblichen Reformbemühungen im Frühjahr 2008 eine Einladung zum NATO-Beitritt erhalten werde. Er unterstrich, der Streit um die Namensfrage sei ein lediglich bilateraler, da bereits mehr als 100 Staaten den Namen ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien anerkannt hätten.

#### V. Vortrag des Botschafters **Sturla Sigurjónsson**, außenpolitischer Berater des isländischen Premierministers, zum Thema „Sicherheit und Verteidigung in Island“

Der Botschafter **Sturla Sigurjónsson** berichtete hauptsächlich über die Auswirkungen des Abzugs der Truppen der Vereinigten Staaten im Jahr 2006. Obwohl sowohl Artikel 5 des NATO-Vertrages als auch ein Verteidigungsabkommen mit den Vereinigten Staaten anhaltenden militärischen Schutz im Konfliktfall gewährleisten, habe Island selbst Maßnahmen zur Verbesserung seiner Verteidigungsfähigkeit ergriffen. Diese Maßnahmen reichten von der Verstärkung der Polizei und des Küstenschutzes über die Neuorganisation der im Bereich Sicherheit und Verteidigung eingesetzten Polizeistreitkräfte bis hin zur Intensivierung der bilateralen Beziehungen mit benachbarten Verbündeten. Außerdem verbessere Island seine Fähigkeit zur Unterstützung von friedenserhaltenden Operationen. Angesichts seiner geographischen Lage und der Folgen des Klimawandels für die Arktis sei die Bedeutung Islands für künftige Fragen der Energiesicherheit und des Umweltschutzes nicht zu unterschätzen.

#### VI. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit“ zum Thema „Die NATO aus Sicht des Südkaukasus: Armenien, Aserbaidschan und Georgien“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter **Sverre Myrli** (Norwegen), vorgestellt durch die Abgeordneten **Artur Aghabekyan** (Armenien), **Ziyafat Asgarov** (Aserbaidschan) und **Nicholas Rurua** (Georgien)

Der Berichterstatter Abgeordneter **Sverre Myrli** wies darauf hin, dass der Bericht durch die assoziierten Delegationen selbst erstellt worden sei. Der Abgeordnete **Artur Aghabekyan** stellte die Erlangung eines modernen Verteidigungssystems und die Aufstellung bewaffneter Streitkräfte sowie den Fortgang des Reformprozesses in Armenien als Hauptziele der armenischen Regierung für

die Zusammenarbeit mit der NATO heraus. Armenien wolle die Interoperabilität seiner Streitkräfte erreichen, um an NATO-geführten Operationen teilnehmen zu können, und prüfe derzeit die Möglichkeit eines Beitrags zur ISAF-Mission in Afghanistan. Der Demokratisierungsprozess armenischer Institutionen sei vorangeschritten und die Rolle des Parlaments sei ausgeweitet worden. Der Abgeordnete **Ziyafat Asgarov** unterstrich das politische Ziel des Landes, den europäischen und euroatlantischen Institutionen im politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Bereich beizutreten. Diese Kooperation solle die Okkupation des Landes beenden und die territoriale Integrität und Unverletzlichkeit international anerkannter Grenzen garantieren. Aserbaidschan habe an allen relevanten Aktionen des Programms „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP-Programm) teilgenommen und sich für die NATO-Missionen in Kosovo und Afghanistan engagiert. Auch im sozialökonomischen Bereich habe das Land Fortschritte gemacht. Der Abgeordnete **Nicholas Rurua** beschrieb die Reformfolge des Landes auf dem Sicherheitssektor. Georgien verfolge seit 2005 ein neues nationales Sicherheitskonzept, das sowohl die Verbesserung der Fähigkeiten der bewaffneten Streitkräfte als auch deren zivile Kontrolle enthalte. Diese Reformen sollten Georgien für eine schnellere Integration in die NATO bereitmachen. Das Land hoffe in diesem Sinne auf die Einladung zur Teilnahme am *Membership Action Plan* (MAP). Georgien habe bereits Beiträge zu friedenserhaltenden Operationen geleistet und beabsichtige die Entsendung eines Bataillons nach Afghanistan, das dort ohne *caveats* operieren werde. Daneben habe Georgien Anstrengungen unternommen, um die Qualität seiner Polizei und die Rechtsstaatlichkeit zu erhöhen.

Der Abgeordnete **Claude Bachand** (Kanada) drückte seine Besorgnis im Hinblick auf die Probleme mit der Region Bergkarabach aus, die ein wesentliches Hindernis für eine NATO-Mitgliedschaft darstellten. Der Abgeordnete **Visvaldis Lacis** (Lettland) unterstützte Georgien bei seiner Annäherung an die NATO. Die kürzlich erfolgte Verletzung des georgischen Luftraums durch ein russisches Flugzeug sei zu verurteilen. Der Abgeordnete **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) vermisste im Bericht Ausführungen zu Menschenrechten und den sozialen Folgen wirtschaftlichen Wachstums.

#### VII. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ zum Thema „Operationelle Zusammenarbeit von NATO und EU“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter **John Shimkus** (Vereinigte Staaten), und Vortrag von **Leo Michel**, Research Fellow am Institute for Strategic Studies an der National Defense University, Vereinigte Staaten, zum Thema „NATO-EU-Kooperation in Operationen: Herausforderungen und Möglichkeiten“

Der Berichterstatter Abgeordneter **John Shimkus** betonte die fundamentalen gemeinsamen Interessen von EU und NATO sowie die eingeschränkten Möglichkeiten, die derzeit beiden Institutionen in Reaktion auf die gegenwärtigen

gen sicherheitspolitischen Herausforderungen zur Verfügung stünden. Auf dem Gebiet der Krisenbewältigung seien daher mehr Synergieeffekte erforderlich. Dies gelte besonders unter Berücksichtigung der wachsenden Bedeutung der EU auch außerhalb Europas. Überflüssige institutionelle Doppelungen müssten vermieden und der Dialog zwischen den beiden Organisationen müsse verstärkt werden. Insbesondere könne die EU ihre Fähigkeiten im zivilen Bereich in NATO-Operationen einbringen.

**Leo Michel** forderte die Konzentration auf die praktische Frage, wodurch sich NATO und EU ergänzen könnten. Ein Versagen in dieser Frage könne ernsthafte Konsequenzen für laufende Operationen haben. Sowohl in Afghanistan als auch im Kosovo sei zu beobachten, dass eine verbesserte politische und operationelle Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen elementar für die Aufrechterhaltung von Stabilität und Sicherheit sei. Dafür sei eine größere militärische und politische Transparenz erforderlich, um die Prozesse zu optimieren. Außerdem könnten nationale *caveats* sich sowohl auf NATO-Operationen als auch auf Missionen im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) auswirken. Positiv zu vermerken sei die Wiederannäherung Frankreichs an die NATO ebenso wie die verbesserte Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei im Rahmen der ESVP.

Der Abgeordnete **Jean-Guy Branger** (Frankreich) bezeichnete als zentrale Frage für die Europäer, ob sie tatsächlich eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik schaffen oder nur ein Anhängsel der NATO sein wollten. Der Abgeordnete **Winfried Nachtwei** (Deutschland) wies darauf hin, dass der Anteil nichtmilitärischer Fähigkeiten bei den Auslandseinsätzen der letzten Jahre immer größer geworden sei. Die EU habe gegenüber der NATO in diesem Bereich große Vorteile, da sie auf den zivilen Bereich ausgerichtet sei. Ein Beispiel für die fehlende Abstimmung zwischen EU und NATO sei die Polizeiausbildung in Afghanistan. Der Abgeordnete **Johannes Koskinen** (Finnland) wies auf das Problem kleiner Länder hin, die nur die Ressourcen für die Unterstützung einer Organisation hätten.

#### VIII. Vortrag der Botschafterin Alyson Bailes, Gastprofessorin, Universität Island, zum Thema „Aussichten für die NATO und die transatlantischen Beziehungen“

Die Botschafterin **Alyson Bailes** hob hervor, dass sich die Ausrichtung der NATO seit dem Kalten Krieg weg von einer politischen Organisation hin zu aktiven militärischen Einsätzen verschoben habe. Besorgniserregend sei, dass die neue Rolle der NATO als kämpfende Organisation nicht durch erfolgreiche politische Initiativen ausbalanciert worden sei. Vielmehr scheine die NATO ihren Sinn vorwiegend in einer aktiven militärischen Rolle außerhalb Europas zu sehen. Auf der anderen Seite habe diese Ausrichtung die Relevanz der NATO auch für die Vereinigten Staaten aufrechterhalten. Fraglich sei, ob die NATO die Kompetenz habe, Fragen des Klimawandels und der Energiesicherheit zu bewältigen. Auch einer Kontrolle der NATO über Ressourcen der EU stand die

Botschafterin skeptisch gegenüber. Sie halte die NATO jedoch für den richtigen Ort zur Fortentwicklung der Russland- und der Ost-West-Strategie, was auch die Kontrolle konventioneller und nuklearer Waffen beinhalte.

#### IX. Beratung des Entschließungsentwurfs „Die Unterstützung der drei Kandidaten aus der Adria-Region im Hinblick auf die Mitgliedschaft in der NATO“

Der Abgeordnete **Sverre Myrli** (Norwegen) führte aus, in die Entschließung seien die Schlussfolgerungen aus dem Bericht eingeflossen. Nach kurzer Debatte über die Frage, ob auch Georgien erwähnt werden solle, wurde die Entschließung mit einer entsprechenden Änderung angenommen.

#### X. Beratung des Entschließungsentwurfs „Die fortdauernde Rolle der NATO in Afghanistan“

Der Abgeordnete **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich) bezog sich auf den bereits debattierten Bericht. Die Abgeordnete **Ursula Mogg** (Deutschland) stellte einen Änderungsantrag der deutschen Delegation vor, der in modifizierter Form angenommen wurde. Der so geänderte Entschließungsentwurf wurde angenommen.

#### XI. Personalien

Zu stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ wurden die Abgeordneten **Vahit Erdem** (Türkei) und **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) gewählt. Die Abgeordnete **Ragnheidur E. Árnadóttir** (Island) wurde zur Berichterstatterin gewählt. Zur Vorsitzenden des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit“ wurde die Abgeordnete **Ellen Tauscher** (Vereinigte Staaten) gewählt. Stellvertretender Vorsitzender wurde der Abgeordnete **Sir John Stanley** (Vereinigtes Königreich). Alle anderen Funktionsträger wurden per Akklamation wiedergewählt.

#### Politischer Ausschuss (PC)

Der Politische Ausschuss tagte am Samstag, dem 6., und am Sonntag, dem 7. Oktober 2007, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Markus Meckel** (Deutschland).

#### I. Überblick über die Tagesordnung und Themen

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Positionsbestimmung der NATO innerhalb des Transformationsprozesses, die Frage nach der Notwendigkeit eines neuen strategischen Konzeptes für die Allianz, die Lehren aus den Erfahrungen des Einsatzes in Afghanistan und die Notwendigkeit einer stärkeren Vernetzung der NATO mit anderen Akteuren, insbesondere den Vereinten Nationen (VN), der EU, den Partnerstaaten sowie Nichtregierungsorganisationen (NROs). Die Transformation der NATO war das Thema einer der beiden Entschließungsentwürfe des Politischen Ausschusses. Der zweite Entschließungsentwurf befasste sich mit dem Verhältnis der NATO zu

Russland. Der Ausschuss erörterte den Generalbericht zum Thema „Afghanistan und die anhaltende Transformation der NATO“, den Berichtsentwurf des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ zum Thema „Fünf Jahre Krieg gegen den Terror – Folgen und Auswirkungen für die Transatlantische Allianz“, vorgelegt vom Berichterstatter Ruprecht Polenz (Deutschland), sowie den Berichtsentwurf des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ zum Thema „Pakistan: Ein entscheidender Akteur für Stabilität in der Region“. An den Politischen Ausschuss wandten sich die isländische Außenministerin und Ministerin für Außenhandel, Ingibjörg Sólrún Gísladóttir und der Außenminister der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Antonio Milošoski. Die Mitglieder des Ausschusses hatten ferner die Möglichkeit, Vorträgen dreier Experten zu folgen: Michael Rühle aus dem NATO-Hauptquartier in Brüssel zum Thema „Nuklearwaffen des Iran“, Carne Ross, Direktor des Instituts „Independent Diplomat“ in London zum Thema „Kosovo“ und Professor Robert J. Art zum Thema „Argumente für und gegen ein neues strategisches Konzept der NATO“.

## II. Vortrag von Ingibjörg Sólrún Gísladóttir, isländische Außen- und Außenhandelsministerin

Die Außenministerin **Ingibjörg Sólrún Gísladóttir** gab einen kurzen Überblick über die Außen- und Sicherheitspolitik ihres Landes. Sie betonte, dass Island seit dem Abzug der amerikanischen Truppen aus Keflavik die Verantwortung für die eigene Sicherheit im Rahmen der NATO-Mitgliedschaft übernommen habe. Ihr Land sei bereit, eine größere Verantwortung in internationalen Angelegenheiten zu übernehmen. So habe Island auch seine Kandidatur für eine nichtständige Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat für den Zeitraum 2009 bis 2010 abgegeben. Der Charakter des isländischen Beitrags zur Sicherheitspolitik der NATO sei überwiegend nichtmilitärisch, so auch im Rahmen der Einsätze im Kosovo und in Afghanistan, an denen Island beteiligt sei. Denn die Aufgabe, Frieden zu sichern, sei nicht nur eine militärische Aufgabe, sondern eine Aufgabe, die umfassend angegangen werden müsse.

Auf die Frage der Abgeordneten **Marit Nybakk** (Norwegen), welche Erwartungen Island an das mit Dänemark und Norwegen abgeschlossene Memorandum habe, antwortete die Ministerin, dass der Schwerpunkt der NATO-Politik derzeit zwar an der Südflanke liege, langfristig aber die Bedeutung der Region des hohen Nordens für die gemeinsame Sicherheit wachsen werde. Infolge des Abschmelzens des Polareises veränderten sich die Schifffahrtswege und es würden neue Möglichkeiten zur Erschließung von Rohstoffen entstehen, die bisher nicht zugänglich gewesen seien. Hieraus wiederum würden sich Herausforderungen zum Beispiel an den Umweltschutz und an die Sicherheit ergeben. Diesen Gefahren gelte es in enger Kooperation mit Dänemark und Norwegen zu begegnen. Auf die Frage des Abgeordneten **Helge Adam Moeller** (Dänemark) hielt **Ingibjörg Sólrún Gísladóttir** fest, dass Islands Regierung die guten Beziehungen mit der EU weiter vertiefen wolle, derzeit aber nicht plane, sich um eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu bewerben.

## III. Präsentation von Michael Rühle, Leiter der Abteilung Politische Planung und Reden, Internationaler Stab der NATO, Brüssel, zum Thema „Ein atomarer Iran: Auswirkungen auf das Nichtverbreitungsregime, die Atompolitik der NATO und die Raketenabwehr“

**Michael Rühle** erklärte, dass von den neun Staaten, von denen angenommen werde, dass sie über nukleare Waffen verfügten, zwei Staaten eine wirkliche Bedrohung für die Nichtverbreitung von Atomwaffen darstellten, nämlich Nordkorea und der Iran. Die Beteuerungen Teherans, das nukleare Programm habe rein zivile Gründe und gelte der Energieversorgung, seien niemals wirklich überzeugend gewesen. Ein mit Nuklearwaffen ausgestatteter Iran hätte aber ernste Konsequenzen nicht nur für die regionale Sicherheit im Nahen Osten, sondern auch für den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen, der hierdurch in Frage gestellt würde. Die Bedrohung, die ein mit nuklearen Waffen ausgestatteter Iran für seine Nachbarstaaten darstellte, könnte dazu führen, dass diese sich gezwungen sähen, selber atomar aufzurüsten. Internationale Sanktionen auf Beschluss des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen würden voraussetzen, dass sowohl China als auch Russland bereit wären, ihre starken wirtschaftlichen Interessen an iranischem Öl dem übergeordneten Interesse an der Sicherheit im Nahen Osten unterzuordnen. Die Regeln, die während des Kalten Krieges gegolten hätten, seien nicht mehr anwendbar. Insofern befinde die Welt sich in einem zweiten Atomwaffenzeitalter. In diesem seien ein gemeinsames Vorgehen der transatlantischen Partner und ihre Abstimmung untereinander unabdingbar und könnten der internationalen Gemeinschaft wiederum neue Wege zur Gewährleistung von globaler Sicherheit aufzeigen.

Der Abgeordnete **Ruprecht Polenz** (Deutschland) erklärte, es müsse und könne verhindert werden, dass der Iran sich isoliere. Der Iran habe die Überzeugung entwickelt, dass er in der Region auf sich allein gestellt sei. Man müsse die Regierung in Teheran davon überzeugen, dass sie durch Kooperation auch ihre eigene Sicherheit erhöhen könne. Die internationale Gemeinschaft und die NATO-Mitglieder sollten den Iran daher möglichst nicht isolieren, sondern Anreize für eine Kooperation anbieten, um die aktuelle Krise zu überwinden. So gebe es bereits heute Gespräche zwischen der Türkei und dem Iran über PKK-Kämpfer. Frankreich habe mit dem Iran über die Situation im Libanon gesprochen. Indem die Dialoge weiterentwickelt würden, könne der Iran seine Rolle in der Region finden. Der Erfolg, zu dem das Vorgehen der Mitglieder des Nichtverbreitungspaktes gegenüber Nordkorea geführt habe, sollte auch zu einem ähnlichen Verhalten gegenüber dem Iran ermutigen. Der Abgeordnete **Alexander Fomenko** (Russische Föderation) warnte, dass eine fortgesetzte Zurückweisung der Vorschläge Teherans den Iran dazu drängen könnte, seine nuklearen Aktivitäten fortzusetzen. **Michael Rühle** antwortete, dass man Nordkorea und den Iran nicht vergleichen könne, was auch die bisher erfolglosen Versuche der internationalen Gemeinschaft, mit dem Iran zu verhandeln, zeigten.



Niemand wisse aber, welche Sanktionen oder Verhaltensweisen funktionierten. Sicher sei lediglich, dass die Frage der Energieversorgung ein immer wichtigeres Kriterium für die internationale Sicherheit darstelle.

#### IV. Vortrag von Antonio Milošoski, Außenminister der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, zur südost-europäischen Sicherheit

Der Außenminister **Antonio Milošoski** erinnerte den Ausschuss daran, dass sein Land sich als einziges friedlich von der früheren Republik Jugoslawien losgelöst habe. In den letzten Jahren habe die Regierung in Skopje logistische Unterstützung für Einsätze der NATO im Kosovo, in Afghanistan, im Irak, in Bosnien und Herzegowina und im Libanon geleistet. Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien sei sich der Bedeutung der regionalen Sicherheitszusammenarbeit bewusst. Sie habe nicht nur Aktivitäten der NATO unterstützt, sondern gleichzeitig über 350 000 Flüchtlinge aus dem Kosovo aufgenommen. Für den Beitritt der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zur NATO bestehe ein einstimmiger politischer Wille und eine sehr positive Unterstützung in der Bevölkerung. Was die aktuelle Lage im Kosovo betreffe, so wäre es aus Sicht der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zu begrüßen, den Status des Kosovo so bald wie möglich festzuschreiben. Er hoffe, dass die Troika auf der Basis des Ahtisaari-Planes eine Lösung finden werde. Denn je schneller der Status des Kosovo festgelegt werde, umso besser sei dies für die Stabilität und Sicherheit in der Region. Der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sei es bisher gelungen, gute nachbarliche Beziehungen sowohl zu Belgrad als auch zu Pristina zu unterhalten.

In der anschließenden Diskussion erklärte der Abgeordnete **Kyriakos Mitsotakis** (Griechenland), dass Griechenland die volle Integration von Südosteuropa in das euroatlantische System unterstütze, aber dass das griechische Parlament den Beitritt der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien erst dann akzeptieren werde, wenn die Frage des Staatennamens einvernehmlich gelöst worden sei. Der Abgeordnete **Branko Grims** (Slowenien) erklärte, dass die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien die Unterstützung Sloweniens auf ihrem Weg in die euroatlantischen Strukturen habe. Der Außenminister **Antonio Milošoski** erklärte abschließend, dass die Lösung für die gesamte Balkanregion in der Interdependenz der Staaten untereinander und der zukünftigen Beitritte zur EU und zur NATO liege. Er sei zuversichtlich, dass auch Griechenland sein Land auf dem Weg in die Strukturen der NATO und der EU unterstützen werde.

#### V. Vortrag von Carne Ross, Leiter des Instituts „Independent Diplomat“, London, zum Thema „Kosovo“

**Carne Ross**, ein früherer britischer Diplomat, Gründer und derzeitiger Direktor des Instituts „Independent Diplomat“, erklärte, er habe 2004 für die Vereinten Nationen als Koordinator der VN-Mission im Kosovo gearbeitet

und berate die Regierung des Kosovo in seiner Funktion als Leiter des Instituts „Independent Diplomat“ seit 2005. Er erläuterte, warum der Bevölkerung des Kosovo nun konkrete Schritte auf dem Weg zur Unabhängigkeit aufgezeigt werden müssten. Seit Aufnahme der Verhandlungen über den Status des Kosovo im Jahr 2005 seien sowohl auf Seiten der Serben als auch auf Seiten der Kosovo-Albaner große Erwartungen geschürt worden. Dadurch, dass noch keine Vereinbarung über eine Beendigung der VN-Verwaltung des Kosovo getroffen werden konnte, gehe es mit der Wirtschaft im Kosovo weiter abwärts und mit den Prozentzahlen der Arbeitslosigkeit, insbesondere auch unter den Jugendlichen, konstant aufwärts. Die schlechte wirtschaftliche Lage und die fehlende konkrete Perspektive für ein Ende der Unsicherheit über die Statusfrage erhöhe das bestehende Risiko gewalttätiger Auseinandersetzungen und von Instabilität im Kosovo. Diese Situation sei das Ergebnis der unangemessen langsamen Verhandlung und Entscheidungsfindung der internationalen Gemeinschaft in der Statusfrage des Kosovo. Die in der Schwebe gehaltene Statusfrage unterminiere auch die Autorität der demokratischen Führer des Kosovo, denen es bisher noch gelungen sei, die radikaleren Nationalisten mit der Aussicht auf Unabhängigkeit zu integrieren. Auch die Unterstützung für die Verwaltung des Kosovo durch die Vereinten Nationen schwinde und stärke den Zulauf der Extremisten. Alle nötigen Garantien sowohl für die Verfassung des Kosovo als auch für die besonderen Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten der serbischen Minderheit seien in dem Plan des Sondergesandten Martti Ahtisaari enthalten.

Der Abgeordnete **Dragan Šormaz** (Serbien) erklärte, dass das Kosovo niemals ein unabhängiges Land gewesen sei und daher weder eine historische noch eine ökonomische Rechtfertigung für die Forderung nach einem unabhängigen Kosovo existiere. Auch die Verfassung Serbiens stehe einer Unabhängigkeit des Kosovo entgegen. Gleichwohl sei Serbien gewillt, eine friedliche Lösung zu finden, die den Kosovaren die breitestmögliche Autonomie, knapp unterhalb der Unabhängigkeit, gewähre. Für Serbien sei allerdings als Ergebnis von Verhandlungen lediglich eine Lösung akzeptabel, die vom VN-Sicherheitsrat akzeptiert würde. Übereilte Lösungen oder Gewalttätigkeiten müssten verhindert werden. Der Abgeordnete **Markus Meckel** (Deutschland) erinnerte seinen serbischen Kollegen daran, dass die von Deutschland erreichte internationale Anerkennung eng mit der aktiven Aufarbeitung der Vergangenheit zusammenhänge. Das deutsche Volk habe die Verantwortung dafür übernommen, was es anderen Völkern und Menschen angetan habe. Diese Verantwortung könne auch der übernehmen, der persönlich nicht beteiligt gewesen sei. Der Abgeordnete **Denis MacShane** (Vereinigtes Königreich) hielt fest, dass die Tage, in denen das Kosovo ein integraler Bestandteil Serbiens gewesen sei, vorbei seien. Auch das Vereinigte Königreich habe lernen müssen, dass Irland nicht ewig zu England gehören könne. Serbien verlasse sich auf Russland, das offensichtlich versprochen habe, im VN-Sicherheitsrat Lösungen zu verhindern, die eine Unabhängigkeit des Kosovo enthielten. Serbien könne aber nicht das Kosovo nicht in die Unabhängigkeit entlassen und gleichzeitig Mitglied der

EU oder der NATO werden. Serbien müsse verstehen, dass kein Staat innerhalb der EU unabhängig sei. Alle Mitglieder der EU seien voneinander abhängig. Dies sei es, was man dem Kosovo und Serbien anbieten müsse, eine gegenseitige Abhängigkeit bei jeweiliger Unabhängigkeit. Der Abgeordnete **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) befürwortete mit Carne Ross den Plan des Sondergesandten Martti Ahtisaari, der eine konditionierte Unabhängigkeit des Kosovo vorschläge. Im Gegensatz zu der von Serbien ständig wiederholten Formel „more than autonomy, less than independence“ enthalte der Plan Martti Ahtisaaris konkrete Vorschläge, wie der Status des Kosovo ausgestaltet werden könnte. Serbien habe sich hinter dieser griffigen Formulierung zu lange und ohne konkrete Vorschläge versteckt. Es gelte nun, das vorgelegte Paket als Ganzes zu akzeptieren. Ihn interessiere, ob die Äußerung von Premierminister Vojeslav Koštunica, dass Serbien der NATO nicht beitreten wolle, weil die NATO der Feind Serbiens sei, so richtig sei. Hierauf antwortete der Abgeordnete **Dragan Šormaz** (Serbien), dass Serbien bereit sei, mit der NATO zu kooperieren, sich aber eher in einer neutralen Rolle sehe. So nehme man am Pfp-Programm teil, wolle aber, wie beispielsweise Österreich, neutral bleiben. Im Übrigen hielte die Mehrzahl der serbischen Bevölkerung einen Beitritt Serbiens derzeit für nicht möglich, da es gerade einmal zehn Jahre her sei, dass Serbien durch die NATO bombardiert worden sei.

#### VI. Präsentation von Professor Robert J. Art, Brandeis University, Waltham, Vereinigte Staaten, zum Thema „Ein neues strategisches Konzept für die NATO – Argumente dafür und dagegen“

Professor Robert J. Art legte die vier Funktionen eines strategischen Konzeptes dar: eine strategische Richtung vorgeben, einen Konsens widerspiegeln, eine Richtung für militärische Planungen vorgeben und Flexibilität vorgeben. Sodann gab er einen Überblick über die bisherigen drei strategischen Konzepte der NATO aus den Jahren 1967, 1991 und 1999. Während im Mittelpunkt des ersten strategischen Konzeptes die Formel der flexiblen Antwort (*flexible response*) auf die Bedrohungen durch die Sowjetunion gestanden hätte, sei das strategische Konzept aus dem Jahr 1991 durch das Ende des Kalten Krieges und den Zusammenbruch der Sowjetunion bestimmt gewesen. In diesem zweiten strategischen Konzept habe die NATO neben der Bekräftigung der Beistandsklausel (Artikel 5) den Dialog mit den Nichtmitgliedsländern im Osten und die Zusammenarbeit mit anderen Nichtmitgliedern zu ihren Aufgaben hinzugefügt. Das Leitprinzip sei gewesen, das NATO-Gebiet gegen jedwede Instabilität aus dem Osten nach dem Ende des Kalten Krieges zu verteidigen. Das dritte strategische Konzept habe die NATO zu ihrem 50. Geburtstag verabschiedet und darin weitere Aktivitäten aufgenommen. Hierbei habe es sich um Krisenmanagement auch im Sinne von Konfliktprävention und Antworten auf Krisen, die nicht unter Artikel 5 des Washingtoner Vertrages subsumiert werden konnten, gehandelt, d. h. um *Out-of-Area*-Einsätze sowie um Partnerschaften mit Nichtmitgliedstaaten im Sinne nicht nur eines Dialoges, sondern auch einer vertieften Koopera-

tion. Dieses strategische Konzept stelle zusammen mit der auf dem NATO-Gipfel 2006 in Riga angenommenen *Comprehensive Political Guidance* die aktuell geltende Basis für NATO-Aktivitäten dar. Insoweit bestehe kein Bedürfnis für ein neues strategisches Konzept, vor allem weil dessen Erarbeitung auch das Risiko berge, bestehende Meinungsverschiedenheiten und Diskrepanzen offenzulegen. Solche bestünden zum Beispiel hinsichtlich der Aufteilung der Risiken und Lasten von NATO-Einsätzen auf die Mitgliedsländer. Aufgrund der nationalen *caveats* trügen die Briten, die Amerikaner, die Kanadier und die Niederländer die Hauptrisiken im Einsatz in Afghanistan, während die Deutschen, die Italiener, die Spanier und die Franzosen eben diese Kampftrisiken vermieden. Diese Ungleichverteilung der Lasten und Risiken belaste die Allianz. Ein weiteres Problem sei die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Zwar funktioniere sie derzeit noch nicht richtig, aber sollte dies eines Tages der Fall sein, würde die EU einen Block innerhalb der NATO darstellen. Die Vereinigten Staaten bevorzugten aber, mit den europäischen Mitgliedstaaten nicht als Gemeinschaft sondern bi- oder multilateral zu verhandeln. Aus seiner Sicht könnte ein neues strategisches Konzept gerade diese beiden Probleme nicht lösen, sondern würde vermutlich eher die Meinungsverschiedenheiten aufdecken und verstärken. In jedem Fall rief Professor Robert J. Art dazu, die Beratungen über ein neues strategisches Konzept erst mit einer eingearbeiteten Regierung der Vereinigten Staaten, d. h. etwa ein Jahr nach den Präsidentschaftswahlen im November 2008 in den Vereinigten Staaten, zu beginnen.

Auf die Frage des Abgeordneten **Mike Ross** (Vereinigte Staaten), ob ein strategisches Konzept Aussagen zu den Themen nukleare Abschreckung, Energiesicherheit und Angriffe auf die elektronische Kommunikation (*cyber attacks*) enthalten sollte, antwortete **Professor Robert J. Art**, dass die NATO sich nuklearer Optionen insoweit nicht verschließen sollte, als dass ihre Mitglieder vom Nuklearschirm der Vereinigten Staaten profitieren sollten. Bei diesen Waffen handle es sich natürlich um die Option, die zuletzt gewählt würde. Aussagen zur Energiesicherheit könnten sinnvoll sein, da die Abhängigkeit der Europäer von der Energieversorgung durch andere Staaten noch ansteigen werde. Angriffe aus dem Internet könnten tatsächlich vitale Kommunikationsstränge stören bzw. schädigen. Er bezweifle aber die Notwendigkeit, diese Gefahr in einem strategischen Konzept zu erwähnen. Der Abgeordnete **Markus Meckel** (Deutschland) bezog zum Verhältnis der EU zur NATO eine völlig andere Position als Professor Robert J. Art. Er sei der festen Überzeugung, dass die Zukunft und die Stabilität der NATO davon abhingen, dass die Europäer sich einigen könnten. Eine europäische Haltung innerhalb der NATO sei vermutlich nicht schnell zu vereinbaren, aber langfristig jedenfalls das anzustrebende Ziel. Sobald die Europäer sich geeinigt hätten, würde die Einigung mit den Vereinigten Staaten auch innerhalb der NATO eher erleichtert als erschwert. Dieser Auffassung stimmten sowohl der Abgeordnete **Robert Walter** für die WEU-Versammlung als auch die Abgeordnete **Ana Maria Gomes** (Europäisches Parlament) zu. Die Abgeordnete

Ana Maria Gomes ergänzte, dass es ein Irrtum sei, wenn die Vereinigten Staaten annähmen, dass der NATO mehr Geld oder mehr Truppen zufließen, wenn sie einzeln mit den europäischen NATO-Mitgliedern verhandelten. Deren Bündelung innerhalb der ESVP werde keine Verringerung der Mittel oder Truppenstärke bewirken. Die Senatorin **Raynell Andreychuk** (Kanada) forderte die NATO-Mitgliedstaaten auf, aus den Lektionen zu lernen, die Afghanistan der NATO bereitet habe. Eine dieser Lektionen sei, dass die NATO sich nur dann in längerfristige Einsätze begeben sollte, wenn sie das nötige Durchhaltevermögen zeigen wolle bis der Erfolg auch erreicht sei. **Professor Robert J. Art** stimmte zu, dass zumindest von Seiten der Vereinigten Staaten zu wenig in zivile Strukturen in Afghanistan investiert worden sei. Die Aufgabe, die Gesellschaft aufzubauen, gehöre zur erfolgreichen Vollendung eines Einsatzes. Derzeit sei Präsident Hamid Karzai mehr oder weniger nur der Bürgermeister von Kabul. Der Abgeordnete **Denis MacShane** (Vereinigtes Königreich) erklärte, dass man Terror nicht mit Krieg erfolgreich bekämpfen könne. Erforderlich sei ein Verständnis davon, womit man im Einsatzgebiet konfrontiert sei. Im Fall von Afghanistan sei dies eine radikale islamistische Ideologie. Benötigt werde daher auch eine ökonomische Initiative, die die Argumentation der Islamisten und damit auch ihren Zulauf aus der Bevölkerung schwächen würde. Der Abgeordnete **Valerio Zanone** (Italien) erklärte, die italienische Verfassung lasse eine Beteiligung Italiens nur an einem Verteidigungskrieg zu. Dies bedeute nicht, dass es in Afghanistan nicht mitmachen könnte, es erkläre aber seine nationalen *caveats* hinsichtlich des Einsatzgebietes seiner Truppen.

## VII. Generaldebatte

Der Vorsitzende des Politischen Ausschusses, der Abgeordnete **Markus Meckel** (Deutschland) führte in die Generaldebatte ein und nannte drei aktuelle Fragestellungen: die Ankündigung der neuen französischen Regierung, sich wieder in die militärischen Kommandostrukturen der NATO einzubringen, und die möglichen Auswirkungen hiervon auf die Beziehungen zwischen der NATO und der EU, den Umfang der bevorstehenden nächsten Erweiterungsrunde der Allianz und den festgefahrenen Ratifikationsprozess des Vertrages über die konventionellen Streitkräfte in Europa. Zur Position Frankreichs gegenüber der NATO erklärte die Abgeordnete **Patricia Adam** (Frankreich), dass Präsident Nicolas Sarkozy die Verteidigungspolitik sowohl der EU als auch der NATO verbessern wolle. Frankreich betrachte die NATO und die EU nicht als Konkurrenten sondern als Partner. Frankreich wolle dafür sorgen, dass die ESVP besser mit der Politik der NATO koordiniert werde. Insoweit gehe es lediglich um eine Ergänzung seiner bisherigen Aktivitäten in der NATO. Der Abgeordnete **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) hielt zum Thema NATO-Erweiterung fest, dass die zur Aufnahme anstehenden Staaten nicht etwa im Geleitzug aufgenommen werden sollten, sondern allein danach entschieden werden sollte, ob die Bewerberstaaten alle Anforderungen an einen NATO-Beitritt auch tatsächlich erfüllten. Insofern sollte 2008 Kroatien aufgenommen werden. Serbien sei die Mitgliedschaft im PfP-Programm

angeboten worden. Nach den jüngsten Äußerungen von Staatschef Vojislav Koštunica sei dies aber nicht mehr ganz passend. Problematisch sei, dass das Paradeprojekt der NATO, die *NATO Response Force* (NRF) nun in Scherben liege. Hierauf müsse reagiert werden. Der serbische Botschafter bei der NATO, **Branislav Milinkovic** (Serbien), erklärte, dass Serbien bereit sei, eine konstruktive und aktive Rolle bei der Stabilisierung Südosteuropas zu spielen. So arbeite Serbien gut mit den Kosovostreitkräften (KFOR) zusammen und biete seine Ressourcen für das PfP-Programm an. Nach Auffassung Serbiens könnte die atlantische Integration sich noch stärker auf regionale Kooperation stützen. Serbien sei auch bereit, mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zusammenzuarbeiten, um das Vertrauen in der Region aufzubauen und zukünftig Konflikte zu vermeiden. Die wichtigste Sicherheitsfrage in Europa sei der Status des Kosovo. Serbien begrüße die Aufnahme der Verhandlungen unter der Mediation der EU-Troika. Nichtsdestotrotz sei allein eine Lösung, der alle Seiten zustimmen könnten und die durch den VN-Sicherheitsrat akzeptiert würde, für Serbien annehmbar.

Der stellvertretende Premierminister Georgiens und Minister für Europäische und Euro-Atlantische Integration, **Giorgi Baramidze**, erklärte, dass es zwar einige Gebiete gebe, in denen sein Land mit Russland kooperiere, z. B. beim Kampf gegen terroristische Gruppen und bei der Bewältigung des Drogenhandels und der grenzüberschreitenden Kriminalität. Nichtsdestotrotz befänden sich die bilateralen Beziehungen derzeit in einer schwierigen Phase. Das Wirtschaftsembargo durch Russland, das auch die Postverbindung zu Russland unterbreche, halte weiter an. Trotz dieser erschwerten Bedingungen sei das Bruttoinlandsprodukt im letzten Jahr um 0,4 Prozent gestiegen. Inzwischen befinde sich Georgien auch nicht mehr wie noch vor zwei Jahren auf Platz 112, sondern auf Platz 18 der Liste der Weltbank hinsichtlich der Korruption. Dies zeige, dass die Maßnahmen Georgiens gegen Korruption und für Entwicklung erfolgreich gewesen seien. Giorgi Baramidze bekräftigte, dass sein Land der NATO beitreten wolle. Georgien habe bereits zu NATO-geführten Einsätzen, z. B. in Afghanistan, Beiträge geleistet. Er warb dafür, Georgien in den MAP der NATO aufzunehmen.

Die Abgeordneten **Assen Agov** (Bulgarien) und **Gustavo Selva** (Italien) waren anders als der Abgeordnete **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) der Auffassung, dass die Staaten Albanien, Kroatien und die Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien in einem umfassenden Ansatz in die NATO aufgenommen und nicht aufgeteilt werden sollten. Allen drei Staaten komme die gleiche Bedeutung zu. Nach Afghanistan stelle der Balkan den Hauptschwerpunkt der NATO dar. Auf dem NATO-Gipfel im April 2008 in Bukarest sollten diese drei Länder, die heute schon Mitglied im MAP seien, aufgenommen werden. Der Abgeordnete **Markus Meckel** (Deutschland) befürwortete ebenfalls den Vorrang von Integration vor langwieriger Prüfung. So hätte man Serbien schon viel früher in das PfP-Programm aufnehmen sollen. Die Verknüpfung dieser Aufnahme mit Bedingungen habe den Diskussionsprozess mit Serbien gestört. Als man sich

damals gegen eine Aufnahme Serbiens entschied, habe man sich der Möglichkeit entzogen, positiven Einfluss zu nehmen. Er sehe andererseits, dass die Aufnahme eines Landes in die NATO nicht mehr rückgängig gemacht und insofern eine bestehende Instabilität auf die NATO selbst übertragen werden könne. Problematisch sei allerdings die fehlende klare Strategie der EU-Mitgliedstaaten im Hinblick auf Erweiterungen der NATO. Der Abgeordnete **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) befürwortete darüber hinaus auch die Aufnahme Georgiens in die NATO. Er stehe hinter diesem Wunsch Georgiens, weil das Land große Fortschritte gemacht habe. Bei einigen Erweiterungsrunden der NATO hätten realpolitische Hintergründe den Ausschlag gegeben. So habe es auch bei der Aufnahme Deutschlands in die NATO so kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges ein gewisses Zögern gegeben. Deutschland sei heute eines der demokratischsten Länder der Welt. Natürlich müsse ein Land, das der NATO beitreten wolle, eine Reihe von Bedingungen erfüllen, insbesondere im Hinblick auf demokratische Strukturen. Insofern sollte die Versammlung zwei Feststellungen treffen. Georgien müsse sich weiter bemühen, die Korruption noch effektiver zu bekämpfen und die oppositionellen Kräfte im Land zu respektieren. Georgien komme den Anforderungen, die die NATO an einen Beitritt stelle, sehr nahe und trage zu den NATO-Aktivitäten mehr bei als einige der NATO-Mitgliedstaaten.

Der Abgeordnete **Raffi Hovannisian** (Armenien) unterbreitete dem Politischen Ausschuss den Vorschlag, einen Bericht über die Problematik der Beziehungen der Türkei zu Armenien zu erstellen. Die Vergangenheit, in der zwischen beiden Völkern Mord und Massaker vorgekommen seien, solle überwunden und durch die Öffnung der Grenzen bekräftigt werden. Ein Bericht der Versammlung könnte dazu beitragen, mit der Frage der Sicherheit in dieser Region weiterzukommen.

#### VIII. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Afghanistan und die anhaltende Transformation der NATO“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Abgeordnete **Raynell Andreychuk** (Kanada)

Die Generalberichterstatterin Abgeordnete **Raynell Andreychuk** hielt fest, dass der NATO-Einsatz in Afghanistan sowohl Generator als auch Prüfstand für die bereits nach dem Ende des Kalten Krieges eingeleiteten Transformationsprozesse der NATO sei. Es gelte nun, auf der Grundlage der Erfahrungen aus früheren und aktuellen Einsätzen der NATO einen neuen, umfassenden sicherheitspolitischen Ansatz der NATO zu entwickeln. Dabei werde es darum gehen, der NATO zu ermöglichen, unmittelbar nach einer militärischen Intervention stabilisierende Maßnahmen zu ergreifen. Neben der unmittelbaren Verteilung von Hilfsgütern in Krisengebieten gehe es hier vor allem um den zeitnahen (Wieder-)Aufbau des Transportsystems bzw. der Wasser- und Stromversorgung. Nach der Stabilisierung der Lage sollten diese Aufgaben den Vereinten Nationen oder der EU übertragen werden. So verfüge die EU über Fähigkeiten zur Ausbildung von Polizeikräften und Juristen, die sie nun in Afghanistan

einbringe. Ein solches Vorgehen der NATO bedinge aber die Verbesserung der Koordination der Mitgliedstaaten untereinander und eine intensivere Zusammenarbeit mit anderen Akteuren, insbesondere den VN, der EU, den Partnerstaaten und NROs. In der anschließenden Diskussion hielten Abgeordnete aus Norwegen, Kanada und den Niederlanden fest, dass alle NATO-Mitglieder die gleichen Risiken teilen müssten. Aktuell seien die Lasten des Einsatzes in Afghanistan nicht fair verteilt. Der Krieg gegen die Taliban müsse auch im gefährlichen Süden gewonnen werden. Eine Beschränkung des Einsatzes von Truppenteilen auf einen bestimmten Landesteil sei für den militärischen Kommandeur der ISAF unzumutbar. Zustimmung erhielt die Berichterstatterin für ihre Forderung nach einer verbesserten Kooperation zwischen der NATO und der EU.

Der Abgeordnete **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) forderte, dass die afghanische Regierung ihre Anstrengungen für die Sicherung der Grenze zu Pakistan verstärken müsse. Die Generalberichterstatterin **Raynell Andreychuk** ergänzte, dass ein ernsthafter Dialog zwischen alliierten und pakistanischen Militärs soeben begonnen habe. Sie begrüßte außerdem den Besuch des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ in Pakistan. Pakistan müsse aufgefordert werden, effektiver gegen die Zufluchtsorte der Taliban auf der pakistanischen Seite der Grenze vorzugehen. Der Abgeordnete **Tom Udall** (Vereinigte Staaten) erinnerte daran, dass in Afghanistan große Fortschritte gemacht worden seien. Der Einsatz der NATO bleibe von höchster Wichtigkeit für den Kampf gegen den Terrorismus. Der Abgeordnete **Khalid A. Pashtoon** (Afghanistan) dankte der Versammlung für die Einladung einer Delegation seines Parlamentes zu dieser Tagung. Er betonte die enge Verbindung zwischen dem Drogenanbau und der in den letzten zwei Jahren zu verzeichnenden dramatischen Verschlechterung der Sicherheitslage im Süden des Landes. Er drang darauf, dass stärkere Maßnahmen ergriffen würden, um dieses Problem zu lösen. Der Politische Ausschuss nahm den Generalbericht zu Afghanistan und der anhaltenden Transformation der NATO mit Mehrheit an.

#### IX. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ über „Krieg gegen den Terror – Folgen und Auswirkungen für die transatlantische Allianz“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter **Ruprecht Polenz** (Deutschland)

Der Abgeordnete **Ruprecht Polenz** legte dar, dass die Bedrohung durch den Terrorismus, wie sie am 11. September 2001 deutlich geworden sei, von einer eher geringen Zahl locker verbundener, wechselnder Gruppen ausgehe. Die unmittelbarste, wenn auch wohl nicht einzige Motivation dieser Terroristen sei ihr religiöser, radikal-islamistischer Extremismus. Diese Bedrohung bestehe weltweit und werde durch die Möglichkeiten der Informationstechnologie erleichtert. Da die terroristischen Gruppierungen grenzüberschreitend und im staatsfreien sogenannten *Cyberspace* arbeiteten, vermöge kein Staat allein diesen Terrorismus zu besiegen. Die Bedrohung,

z. B. durch al-Qaida, habe keinesfalls nachgelassen. Gegen diese Terroristen kämpften all diejenigen, die an Recht und Gesetz glaubten. Dazu gehörten auch die allermeisten Muslime, die die Anschläge als Verstöße gegen die Gebote des Islam betrachteten. Die Verbündeten innerhalb der NATO stünden vor der Herausforderung, dass sie zum Teil unterschiedliche Antworten auf die Frage gäben, wie die Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung und die Menschenrechte zueinander stünden. Aus europäischer Sicht sei es nicht möglich, einen Kompromiss zwischen der Geltung der Menschenrechte und den Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung zu finden. Im Angesicht dieser Bedrohung habe die NATO eine umfassende Transformation eingeleitet, die ihr eine bessere Ausgangsposition bei der Bekämpfung des Terrorismus ermöglichen solle. Sie habe ihre Fähigkeiten zur Bewältigung der Bedrohung durch international tätige Terroristengruppen ausgebaut und erweitert. Durch einen verbesserten Informationsaustausch auch zwischen nationalen Behörden und Diensten hätten geplante Attentate, beispielsweise durch Kofferbomben im Juli 2006 bei Köln und mit Flüssigsprennstoff in einem Flugzeug in London im August 2006, verhindert werden können. Abschließend teilte der Berichterstatter mit, dass im Titel des Berichts nicht mehr von einem Krieg gesprochen werden solle. Den Terroristen, die sich oftmals als Soldaten sähen, solle nicht der hiermit verbundene Status bzw. die hiermit verbundene Bedeutung zuerkannt werden. Terroristen seien Straftäter. Indem man ihnen den „Krieg“ erkläre, ver helfe man ihnen zu dem Ruhm, den sie anstrebten.

Der Abgeordnete **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) appellierte, dass es Aufgabe der Parlamentarier sei, zu erklären, welche Erfolge in Afghanistan bereits erzielt worden seien. Es müsse noch mehr als bisher kommuniziert werden, welche Fortschritte in Afghanistan und dadurch auch für die Sicherheit in den NATO-Mitgliedsländern erreicht worden seien. Die gegenwärtige Situation gebe durchaus Anlass, auf weitere Erfolge der Bekämpfung des Terrors zu hoffen. Der Abgeordnete **Esko-Juhani Tennilä** (Finnland) lenkte die Aufmerksamkeit auf die Armut, als die seines Erachtens bedeutendste Wurzel des Terrorismus. Dementsprechend müssten noch mehr Beachtung und noch mehr Geld darauf verwendet werden, den armen Staaten zu helfen. Der Abgeordnete **Tobias Pflüger** (Europäisches Parlament) hielt die Ausrufung des Bündnisfalles nach Artikel 5 des Washingtoner Vertrages im Gefolge der Attentate vom 11. September 2001 für einen Fehler. Seines Erachtens hätte der Bericht noch deutlicher den Begriff des Terrors definieren sollen. Dies habe die EU mit ihrem Entwurf für eine Rahmenrichtlinie zum Terrorismus nun versucht. Er beklagte, dass aufgrund der Art und Weise, wie derzeit der „Krieg“ gegen den Terror geführt werde, die Staaten sich in einem permanenten Ausnahmezustand befänden. Abschließend zitierte er den Präsidenten des irakischen Parlaments, der vor dem Europäischen Parlament gesagt habe, dass die terroristischen Aktivitäten mit der Besetzung des Irak dort erst aufgekommen seien. Der Abgeordnete **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) merkte an, dass die Diskussion unter der Vermischung zweier Ebenen leide. Die eine Ebene sei die Frage nach dem Schutz vor Terrorismus und die andere

die Frage, ob das westliche Wertesystem exportiert werden könne. Es gebe aber durchaus Länder, die die westlichen Werte nicht teilten und gleichwohl keine Bedrohung für diese darstellten. Auf die Frage des Abgeordneten **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland), wie er zu einer Einbindung der Taliban in die Verantwortung in Afghanistan stehe, antwortete der Berichterstatter Abgeordneter **Ruprecht Polenz**, dass die afghanische Regierung selber entscheiden müsse, wie sie in ihrem Land vorgehen und mit wem sie Gespräche führen wolle. Die rote Linie liege aus seiner Sicht dort, wo die Tür dem früheren Schreckensregime wieder geöffnet würde und die Errungenschaften, die bisher erzielt worden seien, wieder zunichte gemacht würden. Dementsprechend seien aus seiner Sicht Verhandlungen mit Vertretern, die eine islamistische Regierung wiederaufbauen wollten, wie beispielsweise Mullah Omar, nicht akzeptabel.

#### **X. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ über „Pakistan: ein entscheidender Akteur für Stabilität in der Region“, vorgelegt von der amtierenden Berichterstatterin Abgeordnete Rasa Jukneviene (Litauen)**

Die Berichterstatterin Abgeordnete **Rasa Jukneviene** erläuterte, dass die Attentate vom 11. September 2001 die strategische Bedeutung Pakistans für die internationale Sicherheit verdeutlicht hätten. Die Zusammenarbeit mit der pakistanischen Regierung in Islamabad sei von entscheidender Bedeutung für die Stabilisierung Afghanistans, für die Bekämpfung der international aktiven terroristischen Gruppierungen sowie für Maßnahmen gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Bisher sei Pakistan sowohl Teil des Problems als auch Teil der Lösung im Hinblick auf die Lage in Afghanistan gewesen. Pakistanische Truppen hätten einen bedeutsamen Beitrag zum Kampf gegen die Taliban und al-Qaida geleistet. Islamabad habe nachrichtendienstliche Erkenntnisse weitergegeben und seine Sicherheitskräfte hätten eine große Anzahl von al-Qaida-Anhängern verhaftet und an die afghanische Regierung ausgeliefert. Pakistan habe nicht nur gut drei Millionen afghanischen Flüchtlingen Zuflucht gewährt, sondern sich nach Beendigung der Herrschaft der Taliban bereits mit über 100 Mio. US-Dollar Entwicklungshilfe am Wiederaufbau Afghanistans beteiligt. Weitere 200 Mio. US-Dollar seien zugesagt. Um das Durchsickern terroristischer Attentäter über die Grenze von Pakistan nach Afghanistan zu verhindern, habe Pakistan 1 000 Grenzkontrollstellen errichtet und insgesamt 80 000 Mann an der Grenze stationiert. Andererseits gäben Mitglieder der pakistanischen Regierung zu, dass in der pakistanischen Grenzregion auch Sympathie für die Taliban bestünde. Insoweit seien die Anschuldigungen von Seiten Afghanistans, Pakistan lasse weiterhin zu, dass Talibanattentäter über die Grenze nach Afghanistan einsickerten, nicht völlig von der Hand zu weisen. Die bisher von fehlender Kontinuität und Konsistenz gezeichnete Politik des Westens gegenüber Pakistan müsse nun verstetigt werden. Fehlendes Vertrauen müsse zurückgewonnen und Pakistan müsse geholfen werden, aus seiner zum Teil isolierten Lage herauszufinden.

Hierzu sei eine verstärkte Unterstützung von Seiten der internationalen Staatengemeinschaft und insbesondere der NATO sinnvoll. Diesbezüglich sollte die NATO eine langfristige Partnerschaft mit Pakistan aufbauen, um die Aufgaben der Stabilisierung Afghanistans einerseits wie die Bekämpfung der Taliban und der internationalen Terrorgruppen andererseits auf wirksame Weise zu bewältigen.

Der Abgeordnete **Denis MacShane** (Vereinigtes Königreich) würdigte ausdrücklich den Besuch des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ unter Leitung des Vorsitzenden Dr. Karl A. Lamers (Deutschland) in Pakistan im März 2007. Zwar gebe es zahlreiche Stimmen, die Pakistan verurteilten und forderten, gegenüber diesem Land Härte zu zeigen und den Dialog zu vermeiden. Dies sei aber der völlig falsche Ansatz. Bisher hätten rund 800 pakistanische Soldaten ihr Leben bei der Unterstützung der ISAF-Mission der NATO in Afghanistan gelassen. Verstärkte Kontakte zu bzw. Besuche in Pakistan von Seiten der NATO sowie der NATO PV seien eine Chance, die Beziehungen zu diesem strategisch so wichtigen Land zu verbessern. Der Abgeordnete **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) dankte der Berichterstatterin und bekräftigte, dass Pakistan eine Schlüsselrolle für die Stabilität in der Region spiele. Die Reise des Unterausschusses sei insoweit fortgesetzt worden, als an der Frühjahrstagung der Versammlung in Madeira Abgeordnete sowohl aus Pakistan als auch aus Afghanistan teilgenommen und dort auch Gelegenheit zu einem intensiven Austausch gehabt hätten. Der Abgeordnete **Khalid A. Pashtoon** (Afghanistan) bestätigte, dass die Beziehungen Afghanistans zu seinem Nachbarn Pakistan gut seien. Allerdings lasse Pakistan zu, dass Dissidenten aus aller Welt ausgebildet und mit Waffen ausgestattet würden. Anschließend kämen diese Personen über die Grenze nach Afghanistan, wo sie Anschläge verübten. Teilweise ereigneten sich Selbstmordanschläge auch in Pakistan. Er appellierte an die NATO, Druck auf Pakistan auszuüben, diese Dissidenten nicht mehr zu tolerieren. Die Berichterstatterin dankte für die Unterstützung ihres Vorschlags, den politischen Dialog mit Pakistan aufzunehmen.

#### **XI. Entschließung 364 betr. die NATO-Russland-Beziehungen**

Der Abgeordnete **Victor A. Ozerov** (Russische Föderation) zeigte sich enttäuscht über den Entschließungsentwurf und erklärte, dass eine Reihe der dort formulierten Forderungen für Russland inakzeptabel seien. Es handele sich um unbelegte Anschuldigungen, die das gegenseitige Verständnis und das gegenseitige Vertrauen beschädigen würden. Der Vorsitzende Abgeordneter **Markus Meckel** (Deutschland) versicherte, dass die Entschließung nicht gegen Russland gerichtet sei, sondern darauf abziele, die Beziehungen zwischen Russland und der NATO zu verbessern. Er wies noch einmal darauf hin, dass die Berichts- und Entschließungsentwürfe in der Verantwortung des Berichtstatters stünden und keine gemeinsame Vorbereitung praktiziert würde. Die Mitglieder des Ausschusses könnten aber Änderungsanträge stellen. Dem entsprechend lagen zu Zeitpunkt der Abstimmung über den Entschließungsentwurf zwölf Änderungsanträge vor. Von diesen Anträgen wurden vier angenommen, darunter

der vom Abgeordneten **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) für die deutsche Delegation sowie zwei, die der Vorsitzende des Ausschusses, Abgeordneter **Markus Meckel** (Deutschland), gemeinsam mit den Vertretern der Russischen Föderation erarbeitet hatte. Während drei Änderungsanträge in der abschließenden Debatte zurückgezogen wurden, wurden die übrigen fünf Änderungsanträge mehrheitlich zurückgewiesen. Die Entschließung wurde wie geändert angenommen.

#### **XII. Entschließung 365 betr. die Transformation der NATO**

Die Senatorin **Raynell Andreychuk** (Kanada) führte den auf ihrem Berichtsentwurf basierenden Entschließungsentwurf ein und betonte, dass die heutigen Sicherheitsrisiken aus unterschiedlichen Quellen herrührten. Insofern sei eine Transformation der NATO unumgänglich. In diesem Sinne fordere die Entschließung zu einer größeren und verbesserten Zusammenarbeit aller Mitgliedstaaten untereinander sowie mit anderen internationalen Akteuren, speziell den VN, der EU und anderen Partnerstaaten auf. Empfohlen werde darüber hinaus der weitere Ausbau eines strukturierteren Dialoges und einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen der NATO und NROs. Zum Entschließungsentwurf wurden insgesamt zwei Änderungsanträge eingebracht, einer von Seiten der rumänischen und einer von Seiten der deutschen Delegation durch den Unterausschussvorsitzenden Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland). Beide Änderungsanträge wurden abgelehnt, so dass die Entschließung unverändert angenommen wurde.

#### **XIII. Personalien**

Im Politischen Ausschuss gab es personelle Veränderungen lediglich in den Unterausschüssen. So wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ Abgeordneter **Denis MacShane** (Vereinigtes Königreich) gewählt und zur Berichterstatterin Abgeordnete **Rasa Jukneviene** (Litauen). Im Unterausschuss „Transatlantische Beziehungen“ wurde zum neuen Vorsitzenden der Abgeordnete **Assen Agov** (Bulgarien), zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden der Abgeordnete **Ruprecht Polenz** (Deutschland) und zum Berichterstatter der Abgeordnete **Mike Ross** (Vereinigte Staaten) gewählt. Als neues Mitglied in den Interparlamentarischen Rat für die Beziehungen zwischen der Ukraine und der NATO wurde der Abgeordnete **Loïc Bouvard** (Frankreich) gewählt. Alle übrigen Amtsträger konnten wiedergewählt werden und wurden in ihren Ämtern bestätigt.

#### **Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)**

Im Anschluss an die gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC), während der die Vor- und Nachteile des geplanten Raketenabwehrschirms erläutert wurden, tagte der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie am 6. Oktober 2007 unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich).

## I. Überblick über die Themen

Im Zentrum der Beratungen des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie standen die folgenden Themen: Energieversorgung und Klimawandel, netzwerkgestützte Fähigkeiten und unbemannte Systeme, Klimawandel, Verbesserung des internationalen Weltraumrechts sowie die Debatte über das Raketenabwehrsystem.

## II. Präsentation von Össur Skarphedinsson, isländischer Minister für Industrie, zum Thema „Energieversorgung und Klimawandel“

Der Minister **Össur Skarphedinsson** leitete seinen Vortrag mit einem Überblick über die weltweite Energieversorgung ein. Die natürlichen Energierohstoffreserven – auch die bislang z. B. in der Arktis vermuteten Erdgasvorkommen – seien in absehbarer Zeit ausgeschöpft. Deshalb müsse der Schwerpunkt bei der Energieversorgungssicherheit auf größere Energieeffizienz und innovative Forschung mit dem Ziel gesetzt werden, die ganze Bandbreite erneuerbarer Energien verstärkt zu nutzen. Dafür könne Island beispielgebend sein; nach dem Zweiten Weltkrieg sei Island ebenso abhängig von fossilen Brennstoffen gewesen wie alle anderen Industrieländer auch. Inzwischen werde Islands Energiebedarf jedoch zu 70 Prozent geothermisch gedeckt, seine Experten auf dem Gebiet geothermischer Energienutzung seien weltweit gefragt.

Der Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) leitete die Diskussionsrunde mit der Frage ein, wie hoch die Kosten geothermisch erzeugter Energie im Verhältnis zu konventionellen Arten der Energieerzeugung lägen. Zwar sei das Leben auf Island – so der Minister **Össur Skarphedinsson** – relativ teuer, aber dank der technologischen Fortschritte bezahlten die Isländer von Jahr zu Jahr weniger für ihre Energie. Damit einher gehe, das räumte der Minister ein, der gestiegene Wasserverbrauch. Präzisierungen erbat der Abgeordnete **David Scott** (Vereinigte Staaten) zur Gewinnung wie auch zum Export geothermisch erzeugter Energie. Der Minister **Össur Skarphedinsson** erläuterte, dass Island bislang keinen Strom über Unterwasserkabel exportiere; ein wichtiges Ausfuhrprodukt sei jedoch das mit geothermischer Energie produzierte Aluminium. Der Abgeordnete **Heikki Holmas** (Norwegen) erkundigte sich danach, ob die Energieunternehmen Islands in öffentlicher oder privater Hand lägen. Der Minister **Össur Skarphedinsson** erwiderte, es gehöre zum Selbstverständnis seines Landes, Schlüsselindustrien in staatlicher Obhut zu halten. Der Vorsitzende Abgeordneter **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich) fragte nach dem Stand der Wasserstoffnutzung. Auch auf diesem Forschungssektor sei Island tätig, so der Minister **Össur Skarphedinsson**. Es fördere mehrere multilaterale Forschungsvorhaben dazu und in nicht allzu ferner Zukunft fahre jeder Isländer ein wasserstoffbetriebenes Fahrzeug. Beendet wurde die Diskussion mit der Erläuterung des Ministers **Össur Skarphedinsson**, dass Windenergie auf Island nicht gefördert werde; dazu sei der Wind zu stark.

## III. Entwurf eines Generalberichts „Veränderte zukünftige Kriegsführung durch netzwerkgestützte und unbemannte Systeme“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Senator Pierre Claude Nolin (Kanada)

Der Senator **Pierre Claude Nolin** skizzierte die beiden Schwerpunkte seines Berichtsentwurfs: erstens die netzwerkgestützten Fähigkeiten und zweitens die unbemannten Systeme; vernetzte Streitkräfte – so der Generalberichterstatter – seien vielseitiger, mobiler, überlebensfähiger und effizienter als herkömmliche Einheiten, weil ihr informationstechnischer Vorteil sich unmittelbar in gesteigerter Kampfkraft niederschläge. Diese neue Technologie berge beides in sich: Sie könne die Interoperabilität der Streitkräfte der Allianz und damit deren Schlagkraft insgesamt deutlich erhöhen, zugleich aber auch – bei mangelhafter Vernetzung – gemeinsame Streitkräfteoperationen blockieren. Dass netzwerkgestützte Operationen zum militärischen Alltag gehörten, zeigten die Operationen in Afghanistan, wo sich die technologische Kluft deutlich aufte. Bei den unbemannten Systemen liege der Vorteil darin, dass weniger Menschen benötigt, die Aufklärungs- und Beobachtungs-, sogar die Angriffsfähigkeiten deutlich erhöht würden. Zu den deutlichen Vorzügen dieser Systeme gehörten, dass z. T. Aufgaben der Soldaten übernommen werden. Gleichzeitig werfe der Einsatz dieser Systeme militärplanerische wie auch ethische Fragen auf.

Beunruhigt zeigte sich die Abgeordnete **Anita Schäfer** (Deutschland) über die Gefahren, die mit diesen jüngsten technologischen Entwicklungen einhergehen. Der Berichterstatter Senator **Pierre Claude Nolin** sah keine Möglichkeit für die Ächtung dieser Waffen; umso wichtiger sei eine engmaschige Kontrolle. Der Abgeordnete **Lothar Ibrügger** (Deutschland) plädierte unter Hinweis auf die im Berichtsentwurf erwähnten Schlupflöcher und Versäumnisse dafür, den Bericht an die Verteidigungsministerien der Mitgliedsregierungen mit der Bitte um Stellungnahme zu senden. Einstimmig verabschiedete der Ausschuss den Generalbericht.

## IV. Berichtsentwurf des Unterausschusses „Proliferation von Militärtechnologie“ zum Thema „Weiterverbreitung von Flugkörpern und Flugkörpertechnologie“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Cristian Valeriu Buzea (Rumänien)

Eingangs wies der Berichterstatter Abgeordneter **Cristian Valeriu Buzea** darauf hin, dass die Bedeutung ballistischer Flugkörper seit dem Ende des Kalten Krieges nicht geringer geworden sei, wenngleich sich auch die Art der Bedrohung verändert habe. Während die Vereinigten Staaten und Russland gleichermaßen ihr Langstreckenarsenal deutlich reduziert und das ihrer Kurzstrecken komplett abgebaut hätten, wachse die Zahl der Kurz- und Mittelstreckenraketen in anderen Ländern; hinzu kämen nichtstaatliche Akteure, was aggressiveres Verhalten und größere Spannungen nicht nur in Krisenregionen nach

sich ziehe. Energisch plädierte der Berichterstatter für ein strikteres Kontroll- und Exportregime und bat seine Ausschusskollegen, dieses brisante Thema nicht aus den Augen zu verlieren.

Zur Raketenabwehranlage in seinem Land erläuterte der Abgeordnete **Antonin Seda** (Tschechische Republik), das Ja seines Landes zur Einrichtung der Radaranlage fuße auf militärischen wie politischen Gründen. Dabei betonte er die Unteilbarkeit der Sicherheit innerhalb der Allianz wie auch sein Plädoyer für eine bessere Verknüpfung von US-amerikanischen Verteidigungssystemen mit denen der anderen Bündnisländer. Als ungerecht bewertete der Abgeordnete **Bato-Zhargal Zhambalimbuev** (Russische Föderation) die in dem Berichtsentwurf gebrandmarkten Raketenprogramme und Technologietransferpolitiken der Russischen Föderation. Russland setze sich nachdrücklich für den Haager Verhaltenskodex zur Verhinderung der Verbreitung ballistischer Raketen (HCOG) ein, der jedoch leider von vielen Mitgliedern nicht ausreichend beachtet werde. Der Berichterstatter **Cristian Valeriu Buzea** entgegnete, er habe kein Land an den Pranger stellen wollen, ihm gehe es allein um die Gefahr an sich. Wichtig sei die Zusammenarbeit mit Russland auf diesem Gebiet. Einstimmig verabschiedeten die Ausschussmitglieder den Bericht.

#### V. Entwurf eines Sonderberichts „Klimaveränderungen: Überlegungen jenseits von Kyoto“, vorgelegt vom Sonderberichterstatter Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada)

In seinem Resümee hielt der Sonderberichterstatter Senator **Pierre Claude Nolin** fest, führende Wissenschaftler aller Couleur ließen keinen Zweifel an einem raschen Klimawandel aufkommen, auch nicht daran, dass er von den Menschen herbeigeführt werde. Von den klimatischen Veränderungen seien alle Bereiche des Lebens betroffen. Als absolut unverzichtbar bezeichnete der Berichterstatter rasches Handeln, zumal es mehr Sinn mache, jetzt die auslösenden Faktoren zu beeinflussen als später die destruktiven Folgen zu beseitigen. Ein Konsens zeichne sich ab, das 2012 auslaufende Kyoto-Abkommen durch eine neue Vereinbarung abzulösen, deren Rahmen 2009 erkennbar sein sollte. Diese Folgevereinbarung sollte deutlich ambitionierter sein und die Vereinigten Staaten wie auch Australien einbeziehen. Eindeutig – so der Berichterstatter weiter – müssten die Industrieländer den größten Part übernehmen, aber auch die Entwicklungsländer hätten Verantwortung zu tragen. Als weiteres Muss des zukünftigen Klimaschutzabkommens nannte der Berichterstatter Investitionen in erneuerbare Energien.

Abgeordneter **Tom Udall** (Vereinigte Staaten) erläuterte die Haltung des Kongresses zum Klimawandel und stellte in Aussicht, dass dieses Thema in der nächsten Legislaturperiode deutlich mehr beachtet werde; Gleiches sei bei der US-Regierung festzustellen: Gerade erst habe Präsident George W. Bush die 15 größten Schadstoffemittenten eingeladen und dazu verpflichtet, internationale Regeln zur Schadstoffverringerung auszuarbeiten, in die auch die Entwicklungsländer einbezogen werden müssten. Der Berichterstatter Senator **Pierre Claude Nolin**

würdigte ausdrücklich die Einlassungen seines amerikanischen Kollegen, plädierte jedoch für allumfassende Vertragssysteme anstelle von Absprachen mit einigen wenigen Partnern. Im Anschluss verabschiedeten die Ausschussmitglieder den Bericht einstimmig.

#### VI. Entwurf eines Sonderberichts zum Thema „Verbesserung des internationalen Weltraumrechts“, vorgelegt vom assoziierten Sonderberichterstatter Abgeordneter **Rafael Gimalow** (Russische Föderation)

Mit dem Bericht wolle die russische Delegation – leitete der Sonderberichterstatter Abgeordneter **Rafael Gimalow** seine Zusammenfassung ein – den Mitgliedern der Versammlung vor Augen führen, dass das aktuell geltende Weltraumrecht nicht mehr die Realität widerspiegele. Ohne rechtliche Einschränkungen agierten neue Akteure – z. B. Privatunternehmen – im Weltraum. Darüber hinaus differierten die Auffassungen mancher Länder über Raketen- bzw. Satellitenabwehr, was die Erarbeitung eines zeitgemäßen Weltraumvertrages verhindere. Der Berichterstatter warnte vor einem neuen Wettrüsten im Weltall und sprach sich für ein Moratorium bei der Dislozierung eines Raketenabwehrsystems in Europa aus. Ein weiteres Anliegen war dem Berichterstatter, auf die Gefährdung durch Weltraumschrott/-abfall hinzuweisen. Dabei äußerte er die Befürchtung, innerhalb der nächsten 20 bis 30 Jahre müssten alle Weltraumaktivitäten aufgrund des rapide zunehmenden Schrotts eingestellt werden. Eine besondere Gefährdung gehe dabei von Waffentests aus. Zur Weltraumschrottbeseitigung gebe es bislang noch kein Verfahren und deshalb mahnte er international koordinierte Bemühungen zur Schrottvermeidung an.

Die Abgeordnete **Ellen Tauscher** (Vereinigte Staaten) unterstützte die Forderungen des Berichterstatters nach internationalen Regeln für den Weltraum, welche den Gegebenheiten Rechnung tragen; auch die Vereinigten Staaten seien gegen eine Militarisierung des Weltalls. Sie beendete ihre Intervention mit dem Ausdruck größten Bedauerns über provokante Anschuldigungen des Berichterstatters ihrem Land gegenüber, insbesondere in Bezug auf den Raketenabwehrschirm. Der Ausschussvorsitzende Abgeordneter **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich) bemängelte einige Passagen in dem Berichtsentwurf, der die Grundlage, auf der Berichte erstellt würden, verlasse und bat deshalb seine Ausschusskollegen, den Berichtsentwurf lediglich zur Kenntnis zu nehmen und von einer offiziellen Verabschiedung abzusehen. Diesem Votum folgte der Ausschuss.

#### VII. Entwurf eines Sonderberichts „Die Debatte über die Raketenabwehr“, vorgelegt vom Sonderberichterstatter Abgeordneter **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich)

Einleitend stellte der Sonderberichterstatter Abgeordneter **Michael Mates** fest, dass der dritte Standort des Abwehrschirms unter technischen Aspekten unbestreitbar dem Schutz Europas und der Verbündeten vor iranischen Dro-



hungen diene. Nicht zu übersehen sei jedoch auch die starke Politisierung dieses Themas; einige Europäer hätten Bedenken angemeldet, auch in den von der Installation betroffenen Regionen wachse der Widerstand. Schließlich nannte er noch die Warnungen und Drohungen seitens der Russischen Föderation. Was das letztlich für die Allianz bedeute, wollte der Sonderberichterstatter noch nicht abschließend beurteilen. Dennoch plädierte er dafür, die NATO mit ins Boot zu bringen, so dass die Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses insgesamt gestärkt und Amerikas Engagement in Europa vertieft werde. Um diesem Ziel näher zu kommen, müssten Diplomatie, Multilateralismus und Nichtweiterverbreitung Hand in Hand gehen.

Die Abgeordnete **Ellen Tauscher** (Vereinigte Staaten) würdigte den Berichtsentwurf als ausgewogen und präzise in der Darstellung der Positionen der Vereinigten Staaten zur NATO. Der Abgeordnete **Anatoli Sementschenkow** (Russische Föderation) erkundigte sich danach, ob der dritte Standort aufgegeben würde, sollte Iran von seinem Atomprogramm Abstand nehmen. Der Sonderberichterstatter Abgeordneter **Michael Mates** erwiderte, die Anlage werde so lange wie nötig gefahren; mit dem Wegfall der Bedrohung verschwänden auch die Raketen. Dafür spreche im Augenblick jedoch gar nichts. Der Abgeordnete **Bato-Zhargal Zhambalnimbuev** (Russische Föderation) widersprach der Auffassung des Berichterstatters über das Ausmaß der iranischen Bedrohung und zeigte sich darüber enttäuscht, dass Russlands Angebot, Gabala für die Raketenabwehr zu nutzen, nicht ernsthaft in Erwägung gezogen worden sei. Die Ausschussmitglieder billigten den Sonderbericht.

#### VIII. Beratung des Entschließungsentwurfs „Unterstützung der weltweiten Reaktionen angesichts des Klimawandels“

Mit einigen Änderungen verabschiedete der Ausschuss die Entschließung zum Klimawandel.

#### X. Sonstiges

Zum Ende der Sitzung schlug der Vorsitzende Abgeordneter **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich) den Mitgliedern vor, den Unterausschuss umzubenennen. Mit den bislang dort behandelten Themen Proliferation von Waffen, deren Technologie, Know-how etc. sollte sich zukünftig der Hauptausschuss befassen. Die Themen Klima, Kernenergie und erneuerbare Energien sollten dem umbenannten Unterausschuss „Energie- und Umweltsicherheit“ vorbehalten sein. Ohne Gegenstimmen verabschiedeten die Ausschussmitglieder diesen Vorschlag.

#### XI. Personalien

Alle wiederwählbaren Mandatsträger wurden in ihren Ämtern bestätigt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses wurde der Abgeordnete **Jan Arild Ellingsen** (Norwegen), zum Vorsitzenden des Unterausschusses „Energie- und Umweltsicherheit“ wurde der Abgeordnete **Cristian Valeriu Buzea** (Rumänien) und zum Berichterstatter der Abgeordnete **Mario Tagarinski** (Bulgarien) gewählt.

#### XII. Ausschuss- und Unterausschussaktivitäten im Jahr 2008

Bezüglich der Aktivitäten des Haupt- und des Unterausschusses kündigte der Vorsitzende an, dass geplant sei, Bulgarien, Rumänien und Russland zu besichtigen. Des Weiteren soll das im Jahr 2007 verschobene Seminar „Arctic Environment in Canada“ stattfinden.

#### Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Sonntag, dem 7. Oktober 2007, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **John Tanner** (Vereinigte Staaten). Eingangs bat er alle Anwesenden um eine Schweigeminute zur Erinnerung an den verstorbenen früheren Ausschussvorsitzenden **Paul Gillmor** (Vereinigte Staaten).

#### I. Überblick über die Themen

Zentrale Themen der Sitzung waren die Lastenteilung bei den Verteidigungsausgaben, die wirtschaftlichen Entwicklungen in Indien sowie die Auswirkungen des ostasiatischen Wirtschaftswachstums auf Europa und Nordamerika.

#### II. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ über „Der Prozess des wirtschaftlichen und politischen Übergangs in Georgien“, vorgelegt vom amtierenden Berichterstatter und Vorsitzenden des Unterausschusses Abgeordneter Kurt Bodewig (Deutschland)

Der Berichterstatter Abgeordneter **Kurt Bodewig** erklärte, Georgien habe in kurzer Zeit bemerkenswerte Fortschritte in der Reform des politischen Systems, der Liberalisierung der Wirtschaft und der weiteren Annäherung seiner Verteidigungssysteme an NATO-Standards gemacht. Trotz der großen Erfolge räume die Regierung aber noch einen großen Reformbedarf ein, auch um das Erreichte nachhaltig zu sichern und die entstehende Demokratie zu stärken. Der Abgeordnete Kurt Bodewig nannte die Unabhängigkeit der Justiz als besonders wichtig. Er erklärte abschließend, es sei an der Zeit, dass sich der Westen intensiver mit dem von Georgien angestrebten Beitritt zur NATO beschäftige und das Land zur nächsten Phase des Integrationsprozesses, der Teilnahme am MAP, einlade.

Der Abgeordnete **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) ergänzte, Georgien sei ein europäisches Land mit einer sich gut entwickelnden Marktwirtschaft. Eine starke Opposition müsse noch weiter entwickelt werden. Er warb für die Unterstützung der Unabhängigkeit Georgiens sowie den MAP, der noch keine Mitgliedschaft bedeute. Der Berichterstatter **Kurt Bodewig** übernahm einige Änderungen, die vom Abgeordneten **Nicholas Rurua** (Georgien) vorgeschlagenen wurden. Der Abgeordnete **Victor Voitenko** (Russische Föderation) kritisierte den Berichtsentwurf als voreingenommen, da er nur die Sichtweise

Georgiens darstelle. Russland wolle Georgien dazu bringen, auf Provokationen und Gewalt zu verzichten und den Verhandlungsprozess im Konflikt um Abchasien und Südossetien wieder aufzunehmen, werde aber immer als Aggressor bezeichnet. Der Berichterstatter Abgeordneter **Kurt Bodewig** sprach von einer intensiven Recherche der Darstellungen im Bericht. Die Klärung einzelner Fakten sei schwierig, wenn notwendige Informationen nicht zur Verfügung gestellt würden. Er bedauerte die Abwesenheit der russischen Delegation bei dem Besuch in Georgien; viele Fragen hätten dort gestellt werden können. Der Abgeordnete **Petras Austrevicius** (Litauen) warb für den Erfahrungstransfer aus Mitteleuropa nach Georgien. Der Abgeordnete **Nikolay Kondratenko** (Russische Föderation) erklärte, weder Russland noch Georgien werden jemals in der Lage sein, die Kontrolle über die Bergvölker im Kaukasus zu haben. Der Bericht wurde in geänderter Form angenommen.

### III. **Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Die wirtschaftliche Lage in der Republik Moldau“, vorgelegt vom Vorsitzenden des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ Abgeordneter Kurt Bodewig (Deutschland)**

Der Vorsitzende Abgeordneter **Kurt Bodewig** fasste die wichtigsten Punkte des Berichtes zusammen und erklärte, in den letzten Monaten habe es keine bedeutenden Entwicklungen oder Verbesserungen in der Republik Moldau gegeben. Er betonte abschließend die Wichtigkeit der Unterstützung des Landes bei der Fortsetzung der eingeleiteten Reformen und wies auf die positive Rolle hin, die EU und NATO dabei spielen könnten.

Der Abgeordnete **Iurie Rosca** (Republik Moldau) dankte für das Interesse an seinem Land. Mit Verweis auf die Abhängigkeit von Russland warb er für eine Öffnung der europäischen Märkte und die Einrichtung einer Freihandelszone. Die Industrie in Transnistrien habe eine besondere Bedeutung für Moldau; in der Zusammenarbeit in Zollfragen gebe es positive Entwicklungen. Der Abgeordnete **Victor Voitenko** (Russische Föderation) antwortete, Russland sei strategischer Partner Moldaus und bemühe sich intensiv um eine Lösung im Transnistrienkonflikt. Er betonte die Abhängigkeit des Landes von russischer Energie und die Bedeutung Russlands für die Entwicklung der Wirtschaft. Der Bericht wurde ohne Änderungen angenommen.

### IV. **Bericht von Thorsteinn Ingi Sigfusson, Professor für Physik am Institut für Wissenschaft der Universität Reykjavik und Generaldirektor des Isländischen Innovationszentrums, zum Thema „Energiesicherheit aus isländischer Sicht“**

Die Lage Islands im Atlantik auf einem hot spot der eurasischen und nordamerikanischen Platten und damit die vulkanische Aktivität sei eine ganz wichtige Energiequelle für das Land, begann **Professor Thorsteinn Ingi**

**Sigfusson** seinen Bericht. Er verdeutlichte die Entwicklung des Energieverbrauchs in Island seit den 1960er Jahren mit der Einführung der Nutzung von Erdwärme. Durch Wasserkraft und Geothermik gewinne man inzwischen 72 Prozent der benötigten Energie; Öl werde nur noch für den Verkehr und die Fischerei benötigt. Bisher habe man nur einen Bruchteil der vorhandenen Energie nutzbar gemacht und prüfe die Möglichkeiten von Energietransfers. Er diskutierte die Idee des Stromexportes über ein Kabel. Hohe Kosten für die Verlegung, die Belastung des Meeresbodens sowie ein rund 20-prozentiger Durchleitungsverlust stünden dem bisher entgegen. Thorsteinn Ingi Sigfusson stellte die Vorteile der stärkeren Nutzung von Wasserstoff, der Gewinnung von Brennstoffen aus Emissionen und die Möglichkeiten geologischer und pflanzlicher Bindung von CO<sub>2</sub> dar. Seit 2003 gäbe es die Richtlinien der Internationalen Partnerschaft für die Wasserstoff-Wirtschaft (IPHE). Sie seien die Grundlage für eine internationale Zusammenarbeit im Bereich der Herstellung, Lieferung, Speicherung und Nutzung von Wasserstoff.

Der Abgeordnete **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) fragte nach der relativen Effizienz der Energiegewinnung durch Wasserstoff. Auf die Frage, ob es weltweit ähnliche geologische Voraussetzungen gäbe, nannte Thorsteinn Ingi Sigfusson z. B. den ostafrikanischen Grabenbruch und die Geysirregion in Kalifornien. Der Abgeordnete **André Rouvière** (Frankreich) erkundigte sich nach den Fortschritten von Wasserstoffmotoren seit 2003 und stellte Sicherheitsfragen. Thorsteinn Ingi Sigfusson erklärte, Wasserstoff sei dreimal so energiereich wie Benzin, damit eine gefährliche Substanz, aber mit einem anderen Charakter als Benzin. Seit 2003 habe man Fortschritte in der Effizienz der Brennstoffzellen und deren Toleranz gegenüber Kälte gemacht. Noch seien aber nicht alle Probleme, u. a. die hohen Herstellungskosten, gelöst.

### V. **Bericht von V. N. Balasubramanyam, Professor für Wirtschaftsentwicklung, Lancaster University, zum Thema „Indiens wirtschaftliche Entwicklung und die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft“**

In seinem Bericht verglich **Professor V. N. Balasubramanyam** die Wirtschaftsentwicklungen in China und Indien und erklärte, Indien werde 2030 China in der Entwicklung überholt haben. Indien werde seine erreichten hohen Wachstumsraten (2005 waren es 8,5 Prozent) halten können und sei auch aufgrund seiner Heterogenität, der Demokratie als britisches Erbe, der Einkommensverteilung und Altersstruktur im Vorteil. Er sprach über das Konzept des 1964 verstorbenen ersten indischen Ministerpräsidenten Jawaharlal Nehru, das die Industrialisierung, demokratische Strukturen und eine gerechtere Umverteilung brachte. Man habe viele Wissenschaftler und Ingenieure in den darauffolgenden Jahren ausgebildet. Er beschrieb die weiteren guten Entwicklungen durch die Liberalisierung unter Finanzminister Singh seit 1991. Die schwierigsten Probleme seien nach wie vor regionale Ungleichheiten, Armut und der hinduistische Fundamentalismus.

Der Abgeordnete **Petras Austrevicius** (Litauen) fragte, ob die Abwanderung von Fachkräften eine Schwächung der Wirtschaft bedeute. **Professor V. N. Balasubramanyam** erklärte, in den 1970er Jahren seien durch die Bildungsinitiative zu viele Ingenieure ausgebildet worden, die keine Arbeit fanden. Inzwischen sei der Geld- und Wissenstransfer der Abgewanderten höher als die finanzielle Auslandshilfe. Viele kehrten auch zurück, da die Einkommen stiegen. Durch sie kamen wichtiges Know-how und Techniken ins Land. Der Abgeordnete **Abdelkrim Harchaoui** (Algerien) fragte nach einer möglichen Instabilität durch die Spannungen zwischen Hindus und Muslimen. Das Problem sei nur auf wenige Teile des Landes beschränkt, erklärte **Professor V. N. Balasubramanyam**. Eine kluge politische Führung und demokratische Instrumente hätten bisher größere Konflikte vermieden.

**VI. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ über „Der Aufstieg des ostasiatischen Wirtschaftssystems: Auswirkungen auf Europa und Nordamerika“, vorgelegt von den Mitberichterstellern Abgeordneter Petras Austrevicius (Litauen) und Abgeordneter John Boozman (Vereinigte Staaten)**

Der Mitberichterstatter Abgeordneter **Petras Austrevicius** sah durch das ostasiatische Wirtschaftswachstum auch eine Intensivierung des regionalen Handels. Dadurch würden die diplomatische Kooperation zunehmen und langjährige Spannungen abgebaut. Er warb für einen intensivierten Dialog zwischen den Vereinigten Staaten und der EU in der Asienpolitik, um sich nicht auf eine Weise gegeneinander zu wenden, die den gemeinsamen Interessen schaden könnte. Der Mitberichterstatter Abgeordneter **John Boozman** machte die Bedeutung Ostasiens für die Vereinigten Staaten sowohl in Fragen der Sicherheit als auch aus ökonomischer Sicht deutlich. Er konzentrierte sich dabei auf die wirtschaftlichen Beziehungen zu China sowie die Diskussion in seinem Land über die zukünftige Außenpolitik im ostasiatischen Raum. Er sprach auch die Kooperation mit Japan in Sicherheitsfragen und die Beziehungen zwischen seinem Land und der Vereinigung Südoastasiatischer Staaten (*Association of Southeast Asian Nations*, ASEAN) an.

Der Abgeordnete **Abdelkrim Harchaoui** (Algerien) fragte nach den Auswirkungen einer Aufwertung des chinesischen Yen. Der Mitberichterstatter **John Boozman** erklärte, durch die Verteuerung chinesischer Produkte entstünde eine höhere Kaufkraft, z. B. für Rohstoffe. Negative Auswirkungen für die chinesische Wirtschaft würde er dadurch nicht erwarten. Der Abgeordnete **David Scott** (Vereinigte Staaten) war an einer Bewertung der Beziehungen zwischen China und Taiwan interessiert. Der Abgeordnete **John Boozman** hob die Wichtigkeit des Verständnisses für die Komplexität der Situation hervor. Taiwan habe für China eine besondere Bedeutung

und damit auch ein Konfliktpotential. Der Bericht wurde unverändert angenommen.

**VII. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Trends im wehrtechnischen Ressourcenmanagement in Europa und Nordamerika und die neue Lastenteilungsdebatte: ein Überblick“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter Hugh Bayley (Vereinigtes Königreich)**

Der Generalberichterstatter Abgeordneter **Hugh Bayley** erklärte, Anlass für dieses Thema seien die ungleich verteilten Beiträge der einzelnen Mitgliedstaaten gewesen. Man erwarte, durch eine gerechtere Lastenteilung das gemeinsame Ziel besser erreichen zu können. Eine Kostenreduzierung durch Spezialisierung nationaler Armeen, die gemeinsame Finanzierung von Missionen und eine größere Kooperation bei Forschung, Entwicklung und Beschaffung sei möglich. Durch Einsparungen würde man auch in der allgemeinen Wahrnehmung an Glaubwürdigkeit gewinnen.

Der Abgeordnete **Giancarlo Giorgetti** (Italien) bemerkte, alle Aktivitäten eines Landes müssten berücksichtigt werden, nicht nur der Verteidigungshaushalt. Der Abgeordnete **Simon van Driel** (Niederlande) erklärte, die politischen Aussagen über das zukünftige Engagement in Afghanistan hätten Konsequenzen für die anstehenden Wahlen. Ein osteuropäisches Land sei zur Unterstützung in der Region bereit, ihm fehlten aber Ressourcen. Der Berichterstatter Abgeordneter **Hugh Bayley** betonte, die Verbündeten müssten gleichermaßen Truppen stellen und auch finanzielle Beiträge zu den Operationen leisten. Der Abgeordnete **André Rouvière** (Frankreich) meinte, über die Auswahl von Kriterien und deren Anzahl könne man eine möglichst gute Vergleichbarkeit innerhalb der Länder erreichen. Gestärkt und präzisiert werden müsse die Rolle der Abgeordneten als Verantwortliche für die Verteidigungshaushalte und damit der Versammlung bei der Diskussion um Missionen der NATO. Der Abgeordnete **Phillipe Nogrix** (Frankreich) warb für die Überprüfung des NATO-Hauptquartiers, eine größere Transparenz im Bereich Technik und Ausrüstung sowie eine verstärkte Zusammenarbeit der Bündnismitglieder bei der Raumfahrt. Auch der Berichterstatter Abgeordneter **Hugh Bayley** sprach sich für eine engere Zusammenarbeit zwischen NATO und EU aus, ohne gegenseitige Vorschriften oder Diktate. Das sollte auch als eindeutiges Signal aus der Versammlung kommen. Der Abgeordnete **Leon Benoit** (Kanada) erwähnte einen Volksentscheid, mit dem über die Beteiligung in Afghanistan über 2009 hinaus entschieden werden könnte. Die Öffentlichkeit sei nicht überzeugt, dass andere Bündnismitglieder einen gleichen Anteil an der Mission übernehmen. Er drängte deshalb auf ein stärkeres Engagement anderer Staaten. Der Öffentlichkeit müssten die Konsequenzen eines Scheiterns in Afghanistan verdeutlicht werden. Der Berichterstatter Abgeordneter **Hugh Bayley** erklärte abschließend, Afghanistan sei der Prüfstein für die Sicherheit. Die Zukunft der Allianz hänge davon und auch von einer gerechten Lastenteilung ab.

### VIII. Beratung des Entschließungsentwurfs „Das Wiedersehen mit der transatlantischen Lastenteilung“

Der Berichterstatter Abgeordneter **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) erklärte, in diesen Text seien die Schlussfolgerungen des Berichtes eingeflossen. Die Entschließung wurde ohne Änderungen beschlossen.

### IX. Personalien

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit wählte als neue stellvertretende Vorsitzende die Abgeordneten **Peter Bottomley** (Vereinigtes Königreich), **Ramos Preto** (Portugal) und **Giancarlo Giorgetti** (Italien). Für den Unterausschuss „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ wurde der Abgeordnete **Francis Hillmeyer** (Frankreich) zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Für den Unterausschuss „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ wurde der Abgeordnete **Attila Mesterhazy** (Ungarn) zum Berichterstatter gewählt. Alle anderen Mandatsträger wurden wiedergewählt.

### Plenarsitzung

Am Dienstag, dem 9. Oktober 2007, fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, Abgeordneter **José Lello** (Portugal), die Plenarsitzung statt.

#### I. Überblick über die Themen

Zu den Rednern gehörten der Präsident der NATO PV Abgeordneter **José Lello** (Portugal), der Präsident des isländischen Parlaments **Sturla Bödvarsson**, der Premierminister der Republik Island **Geir H. Haarde**, der NATO-Generalsekretär **Jaap de Hoop Scheffer** und der Premierminister der Republik Albanien **Sali Berisha**.

#### II. Ansprache des Präsidenten der Versammlung, Abgeordneter José Lello (Portugal)

Der Präsident **José Lello** begrüßte die Mitglieder der Versammlung zur ersten Jahrestagung auf Island. Island nehme sowohl historisch als auch geographisch eine Sonderrolle in der Allianz ein, da es über das älteste Parlament der Welt verfüge und die Versammlung durch seine Lage als nördlichste Region der Allianz an die Bedeutung der Arktis für die NATO erinnere. Aufgrund ihrer Bodenschätze sei die Arktis auch sicherheitspolitisch von großem Interesse. Neben dieser Problematik sei die NATO allerdings mit vielen anderen Fragen befasst. Afghanistan beschäftige sie derzeit am meisten. Zwar habe der Einsatz große Erfolge gebracht, die Opferzahlen auf Seiten der Allianz seien jedoch ein hoher Preis. Auch sei der eingeleitete Prozess in Afghanistan nicht unumkehrbar, denn die Terrorkräfte im Lande würden verlorenes Terrain zurückerobern und die afghanische Regierung sei nach wie vor sehr schwach. Insgesamt sei es noch nicht gelungen, dem afghanischen Volk Vertrauen in eine sichere und friedliche Zukunft zu vermitteln. Die gesamte Allianz sei daher in der Verantwortung, die Anstrengungen zu verstärken. Auch müsse der Druck auf die afghanische Regierung erhöht werden, ihre Aufgaben in Übereinstimmung mit den Zielen der Allianz zu erfüllen. Die Mission

in Afghanistan werde über die Zukunft der Allianz mitentschieden. Wesentlich sei daher für die politischen Führungen der Mitgliedstaaten, die Öffentlichkeit von der Bedeutung des Einsatzes zu überzeugen. Der Präsident nahm ferner Bezug auf die Beitrittspolitik der Versammlung, die keine Gefahr für andere Staaten bedeute, da NATO-Mitglieder gute Nachbarn seien. Die Politik der offenen Tür solle weiterverfolgt und die Aufnahmeversuchen der drei Adriaanrainer und Georgiens sollten positiv bewertet werden. Nichtsdestotrotz müsse sich die NATO weiterentwickeln und ihre Ziele und Aufgaben angesichts der vielfältigen aktuellen Herausforderungen neu definieren. Der 60. Jahrestag der Allianz im Jahr 2009 sei der geeignete Zeitpunkt, diese Überlegungen in ein neues strategisches Konzept einzuarbeiten. In diesen Prozess solle sich die Versammlung durch einen eigenen Beitrag einbringen. Der Vizepräsident der Versammlung, der Abgeordnete Jan Petersen (Norwegen), habe sich bereit erklärt, für die Erarbeitung dieses Beitrags die Federführung zu übernehmen.

#### III. Ansprache des Präsidenten des isländischen Parlaments, Sturla Bödvarsson

Der Präsident **Sturla Bödvarsson** hob die Bedeutung der Tagung der NATO PV auf Island für die Entwicklung der internationalen Beziehungen des Landes hervor. Island verfüge selbst nicht über eine Armee und habe eine friedvolle Vergangenheit. Seit dem Abzug der amerikanischen Streitkräfte im Jahr 2006 nach fast 50 Jahren müsse das Land nun selbst mehr Verantwortung für seine Sicherheit und Verteidigung übernehmen. In diesem Sinne seien bereits Schritte eingeleitet worden, und der isländische Etat sehe erstmalig einen Titel für Verteidigungsausgaben vor.

#### IV. Ansprache des isländischen Premierministers, Geir H. Haarde

Der Premierminister **Geir H. Haarde** betonte die anhaltende politische und militärische Relevanz der Allianz auch in einem größeren Sicherheitskonzept. Noch vor kurzem habe niemand militärische Operationen in Afghanistan, humanitäre Einsätze in Pakistan oder logistische Unterstützung im Sudan durch die NATO für möglich gehalten. Eine weitreichendere Rolle der Allianz sei mit ihrer ursprünglichen Aufgabe als kollektives Verteidigungsbündnis durchaus kompatibel. Der Premierminister sah eine starke NATO auch nicht im Gegensatz zu einer sich entwickelnden ESVP. Die NATO-Mitgliedstaaten müssten außerdem berücksichtigen, dass durch den Klimawandel in der nordatlantischen und arktischen Region erhebliche neue sicherheitspolitische Fragestellungen entstünden. So habe Russland bereits seine territorialen Ambitionen in diesem Gebiet deutlich gemacht.

#### V. Ansprache des NATO-Generalsekretärs und Vorsitzenden des Nordatlantikrates, Jaap de Hoop Scheffer

Der Generalsekretär **Jaap de Hoop Scheffer** betonte die Bedeutung der nationalen Parlamente für die erfolgreiche Umsetzung der NATO-Operationen und rief die Mitglie-

der der Versammlung dazu auf, die Politik der NATO der Öffentlichkeit in den jeweiligen Mitgliedstaaten zu vermitteln. Insbesondere im Hinblick auf den Einsatz in Afghanistan müssten den Menschen sowohl die dem Einsatz zugrundeliegende sicherheitspolitische Gefahrenlage als auch die langfristige Ausrichtung des Einsatzes und die Zielvorstellungen der NATO erläutert werden. Bei der Entwicklung des Landes gebe es bereits klare Fortschritte, nichtsdestotrotz sei die Herausforderung groß, diese Entwicklung zu verstetigen und zu verstärken. Derzeit käme es darauf an, den Einsatz einerseits mit voller Kraft fortzuführen und auf der anderen Seite größeres Augenmerk auf die Verlagerung der Verantwortung in afghanische Hände zu legen. Ein Schlüssel für den Erfolg in Afghanistan sei eine starke Partnerschaft zwischen NATO und EU, die mit Nachdruck weiter ausgebaut werden müsse. Neben dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus definierte der Generalsekretär als zentrale Aufgabenbereiche für die NATO die Beitrittspolitik, die Partnerschaften, Energiesicherheit und die Raketenabwehr.

Die Abgeordnete **Ragnheidur E. Árnadóttir** (Island) wies auf die Bedeutung der Arktis beim Thema Energiesicherheit hin und betonte die Notwendigkeit, die Souveränität der Arktis auch im Verhältnis zu Russland zu behaupten. Der Abgeordnete **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) äußerte sich besorgt im Hinblick auf die aktuelle Energiepolitik der Russischen Föderation und die Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten. Der Generalsekretär **Jaap de Hoop Scheffer** erwiderte, die Divergenzen zwischen der NATO und der Russischen Föderation sollten im NATO-Russland-Rat offen diskutiert werden. Der Abgeordnete **Mushahid Hussain Sayed** (Pakistan) warf die Frage auf, wie Muslime in der muslimischen Welt für die Politik der NATO gewonnen werden könnten. Der Abgeordnete **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) mahnte eine Vertiefung der Beziehungen zu Pakistan an und warf die Frage auf, was die NATO beitragen könne, um mehr Stabilität in der Region zu erreichen. Der Generalsekretär **Jaap de Hoop Scheffer** dankte dem Abgeordneten Dr. Karl A. Lamers für seine Frage zu Pakistan, da Pakistan ein Teil der Lösung des Afghanistanproblems sei. Beide Problemfelder müssten zusammen diskutiert und der politische Dialog mit Pakistan müsse gestärkt werden.

#### VI. Ansprache des albanischen Premierministers, Sali Berisha

Der Premierminister **Sali Berisha** berichtete der Versammlung über die Erfolge Albaniens im Reformprozess und bei der Schaffung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Insbesondere hob er die Bekämpfung der Korruption als Schwerpunkt albanischen Regierungshandelns hervor. Insgesamt befinde sich das Land auf dem Weg, die Kriterien für einen Beitritt zur NATO zu erfüllen.

Der Abgeordnete **Philippe Vitel** (Frankreich) erkundigte sich nach dem Stand der Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Albanien, der Abgeordnete **Assen Yordanov Agov** (Bulgarien) nach der Haltung Albaniens im Hinblick auf eine mögliche Unabhängigkeitserklärung des Kosovo, der Abgeordnete **Loïc Bouvard** (Frankreich) nach den Beziehungen zwischen Albanien und Serbien

und der Abgeordnete **Gustavo Selva** (Italien) fragte, welche Haltung Albanien gegenüber einem Beitritt Serbiens in die NATO oder in die EU einnehmen würde. Der Premierminister **Sali Berisha** antwortete, im Hinblick auf die Bekämpfung der organisierten Kriminalität verfolge er eine Politik der „null Toleranz“. Sobald Beamte oder Polizisten der Bestechlichkeit überführt würden, würden sie umgehend entlassen. Das größte Problem sei heute die Korruption im zivilen Bereich. Die Beziehungen zwischen Albanien und Serbien bezeichnete er als schwierig. Ihre Verbesserung sei aber bedeutsam für die Region. Sie würde nicht zuletzt davon abhängen, wie sich der Umgang der Serben mit den Kosovo-Albanern entwickle. Er sehe die Unabhängigkeit des Kosovo als einzige Lösungsmöglichkeit an. Er sei bereit, den Kosovo beim Umgang mit den serbischen Minderheiten zu unterstützen und habe keine Einwände gegen eine Aufnahme Serbiens in die NATO oder in die EU.

#### VII. Verabschiedung des Generalsekretärs der NATO PV, Simon Lunn

Der Präsident **José Lello** dankte dem langjährigen Generalsekretär der Versammlung, **Simon Lunn**, mit einer Videopräsentation für seine Tätigkeit und verabschiedete ihn in den Ruhestand. Der Generalsekretär **Simon Lunn** wandte sich mit einer persönlichen Ansprache an die Versammlung.

#### VIII. Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und des Schatzmeisters der Versammlung

Der Abgeordnete **José Lello** (Portugal) kandidierte als Einziger für die Funktion des Präsidenten der Versammlung und wurde per Akklamation gewählt.

Für die fünf Vizepräsidentenposten lagen fünf Kandidaturen vor. Die Abgeordneten **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland), **Jo Ann Emerson** (Vereinigte Staaten), **Bruce George** (Vereinigtes Königreich), **Mihail Lupoi** (Rumänien) und **Jan Petersen** (Norwegen) wurden per Akklamation gewählt.

Der Präsident **José Lello** dankte dem Abgeordneten **Lothar Ibrügger** (Deutschland) für seine langjährige engagierte Tätigkeit als Schatzmeister der Versammlung. Seine Wiederwahl war nicht möglich. Der einzige Kandidat für den Posten des Schatzmeisters, Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada), wurde per Akklamation gewählt. Gemäß den geschäftsordnungsrechtlichen Vorschriften übernahm er das Amt zum 1. April 2008.

#### IX. Bericht des Schatzmeisters der Versammlung, Abgeordneter Lothar Ibrügger (Deutschland), zu Haushaltsangelegenheiten

Der Bericht des Schatzmeisters **Lothar Ibrügger** (Deutschland) zu den Haushaltsjahren 2006 und 2007, die Jahresbilanz 2006 und der Bericht über den Pensionsfonds für 2006 wurden gebilligt. Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2008 wurde angenommen.

#### X. Beratung der Entschließungsentwürfe

Der Entschließungsentwurf „Die Förderung der Stabilität auf dem westlichen Balkan“ des Ausschusses für die

Zivile Dimension der Sicherheit wurde vom Ausschussvorsitzenden, Abgeordneter **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich), vorgestellt und nach kurzer Beratung von der Versammlung in der vorgelegten Form verabschiedet.

Der Entschließungsentwurf „Rolle und Aufgabe der NATO beim Zivilschutz“ des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit wurde durch den Sonderberichterstatter **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) vorgestellt und von der Versammlung verabschiedet.

Die Entschließung „Die fortdauernde Rolle der NATO in Afghanistan“ des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit wurde vom Generalberichterstatter Abgeordneter **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich) vorgestellt. Nach kurzer Debatte, in der insbesondere der Abgeordnete **Tiny Kox** (Niederlande) Kritik an der positiven Ausrichtung des vorgelegten Berichts äußerte, wurde die Entschließung ohne Änderungen verabschiedet.

Die Entschließung „Die Unterstützung der drei Kandidaten aus der Adria-Region im Hinblick auf die Mitgliedschaft in der NATO“ des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit wurde durch den Generalberichterstatter Abgeordneter **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich) vorgestellt und durch die Versammlung verabschiedet.

Der Entschließungsentwurf „Das Wiedersehen mit der transatlantischen Lastenteilung“ des Ausschusses für Wirtschaft und Sicherheit wurde durch den Generalberichterstatter Abgeordneter **Joe Baily** (Vereinigtes Königreich) vorgestellt und von der Versammlung verabschiedet.

Die Entschließung „Die Transformation der NATO“ des Politischen Ausschusses wurde von der Generalberichterstatterin Abgeordnete **Raynell Andreychuk** (Kanada) vorgestellt. Nach kurzer Debatte wurde die Entschließung mit einer Änderung verabschiedet.

Der Entschließungsentwurf „Die NATO-Russland-Beziehungen“ des Politischen Ausschusses wurde von der Generalberichterstatterin Abgeordnete **Raynell Andreychuk** (Kanada) vorgestellt. In der nachfolgenden Debatte wurden einige Änderungsanträge eingebracht, die zum Teil angenommen wurden. Der geänderte Text wurde von der Versammlung verabschiedet.

Der Entschließungsentwurf „Raketenabwehr“ des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie wurde vom Generalberichterstatter Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) vorgestellt und von der Versammlung nach kurzer Debatte angenommen.

Der Entschließungsentwurf „Die Unterstützung der weltweiten Anstrengungen angesichts des Klimawandels“ des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie wurde vom Generalberichterstatter Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) vorgestellt und von der Versammlung angenommen.

Dr. Karl A. Lamers, MdB  
Leiter der Delegation

Volker Bouffier,  
Staatsminister  
Stellvertretender Leiter der  
Delegation

## Entschließung 359

betr. **die Förderung der Stabilität auf dem westlichen Balkan**

vorgelegt vom Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit und verabschiedet von der Plenarversammlung am Dienstag, dem 9. Oktober 2007 in Reykjavik, Island

Die Versammlung,

1. ihr nachdrückliches Engagement zugunsten von Frieden, Stabilität und Wohlstand auf dem westlichen Balkan **erneut bekräftigend**;
2. die weitgehende Verantwortung **aner kennend**, welche die NATO und die Europäische Union in dieser Region übernommen haben, und **betonend**, dass der Erfolg ihrer jeweiligen Mission eine enge Zusammenarbeit zwischen ihnen beiden sowohl auf strategischer Ebene als auch vor Ort voraussetzt;
3. **in der Überzeugung**, dass die Zukunft des westlichen Balkans in dessen vollständiger Integration in die europäisch-atlantischen Institutionen liegt;
4. die in der jüngsten Vergangenheit erfolgte Aufnahme von Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien in das NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ sowie die auf dem Wege zum Abschluss eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der EU erzielten Fortschritte **begrüßend**;
5. **in der Erkenntnis**, dass das bevorstehende Gipfeltreffen im April 2008 in Bukarest eine Gelegenheit für die NATO bedeutet, ihre Beziehungen mit jenen Staaten des westlichen Balkans weiter auszubauen, die so eingeschätzt werden, dass sie weiter vorangehen wollen und auch ihre Bereitschaft geäußert haben, dies zu tun;
6. allerdings **beunruhigt** angesichts der Sackgasse, in welche der Prozess der Polizeireform in Bosnien und Herzegowina geraten ist, aber auch angesichts des langsamen Tempos bei anderen Reformen, wodurch bisher das Mandat des Hohen Repräsentanten nicht beendet werden konnte;
7. **in der Hoffnung**, dass die Verzögerungen bei der Verabschiedung einer neuen Verfassung in Montenegro bald überwunden sein werden;
8. **hervorhebend**, dass das Kosovo nach wie vor die dringlichste Sicherheitsfrage in der Region darstellt;
9. die **Tatsache aner kennend**, dass mit der Entschließung 1244 (1999) des VN-Sicherheitsrates (UNSCR), welche nach wie vor die Grundlage für den gegenwärtigen Status des Kosovo darstellt, eine vorübergehende Lösung begründet wird, die gleichwohl nicht auf unbestimmte Zeit beibehalten werden kann;
10. ihre nachdrückliche Unterstützung für die gegenwärtig laufenden Verhandlungen unter der Ägide der Troika der Kontaktgruppe **zum Ausdruck bringend**;
11. die Notwendigkeit **betonend**, dass die internationale Staatengemeinschaft mit einer gemeinsamen Stimme sprechen muss, da die Stabilität auf dem Balkan im Interesse sämtlicher Bündnispartner und aller Partner der Alliierten liegt;
12. ihr nachdrückliches Engagement zugunsten einer Konsolidierung von multiethnischen Gesellschaften **bekräftigend**, nachdem dies seit 1991 eines der Grundprinzipien für die Vorgehensweise der internationalen Gemeinschaft auf dem westlichen Balkan dargestellt hat;
13. **fordert** die Regierungen und Parlamente der Mitglied- und Partnerstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **nachdrücklich auf**,
  - a. auch weiterhin die Regierungen und Parlamente von Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien auf dem Wege ihrer Länder zu einer weiteren Integration in die euroatlantischen Institutionen zu unterstützen;
  - b. ihre Unterstützung insbesondere auf die Entwicklung der institutionellen Fähigkeiten und auf die Reform des Verteidigungs- und Sicherheitsbereichs zu konzentrieren;
  - c. die vollständige Integration der gesamten Region in die euroatlantischen Institutionen zu fördern, die allerdings von der Fortführung des Reformprozesses und der uneingeschränkten Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) abhängig ist;
  - d. eine internationale militärische und zivile Präsenz in Bosnien und Herzegowina sowie im Kosovo aufrechtzuerhalten, solange die Situation dies erfordert;
  - e. die bestmögliche Zusammenarbeit zwischen den internationalen Organisationen vor Ort und insbesondere zwischen NATO und EU sicherzustellen;
  - f. die gegenwärtig laufenden Verhandlungen über den zukünftigen Status des Kosovo im Rahmen der Troika der Kontaktgruppe zu unterstützen und sich um eine im Konsenswege herbeigeführte Lösung, die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unterstützt wird, zu bemühen;
  - g. keine Bemühungen zu scheuen, um für eine einstimmig getragene Vorgehensweise sowohl im Vorfeld einer Regelung für den endgültigen Status des Kosovo als auch in der Zeit danach einzutreten;
  - h. insbesondere eine solide rechtliche Grundlage für die zukünftige internationale Präsenz im Kosovo sicherzustellen;
14. **fordert** die Regierung, das Parlament sowie alle politischen Kräfte in Bosnien und Herzegowina **nachdrücklich auf**,
  - a. ihr nachdrückliches Engagement zugunsten der Konsolidierung eines funktionsfähigen, multi-

- ethnischen Staates durch die Fortführung des Reformprozesses zum Ausdruck zu bringen;
- b. den unproduktiven Verzögerungen bei der Reform des Polizeiwesens ein Ende zu setzen;
- c. so bald wie möglich wieder Gespräche über einen zukünftigen Verfassungsrahmen aufzunehmen, in dem der Vorrang der Staatsbürgerschaft gegenüber der ethnischen Zugehörigkeit sichergestellt wird und der einen uneingeschränkten Schutz der Minderheitenrechte gemäß der international geltenden Normen garantiert;
15. **fordert** die Regierung, das Parlament und alle politischen Kräfte in Montenegro **nachdrücklich auf**,
- a. für die rasche Verabschiedung einer Verfassung einzutreten, die durch sämtliche politischen Kräfte und alle ethnischen Gruppen unterstützt wird und die Grundlage für einen funktionsfähigen, multi-ethnischen Staat darstellen sollte;
- b. ihre Bemühungen aufrechtzuerhalten, um die Reformagenda konkret abzuarbeiten und die Fähigkeiten für eine demokratische Kontrolle des Verteidigungs- und Sicherheitsbereichs zu konsolidieren;
16. **fordert** die Regierung, das Parlament und alle politischen Kräfte im Kosovo und in Serbien **nachdrücklich auf**,
- a. sich uneingeschränkt und gutgläubig in dem Statusprozess und in den damit zusammenhängenden Gesprächen zu engagieren;
- b. auf jedwede Erklärungen oder Handlungen zu verzichten, die geeignet wären, die Spannungen in der Region zu schüren;
- c. sich dazu zu verpflichten, die Rechte von Minderheiten sowie das kulturelle und religiöse Erbe des Kosovo unabhängig von den Ergebnissen des Statusprozesses zu achten und ohne Einschränkungen zu schützen;
- d. keinerlei Mühen zu scheuen, um wieder gegenseitiges Vertrauen aufzubauen und Bedingungen zu schaffen, unter denen vertriebene Serben und andere ethnische Gruppen wieder in das Kosovo zurückkehren können.
2. insbesondere **beunruhigt** angesichts der Perspektive, dass Terroristen in den Besitz von chemischen, biologischen, radiologischen oder atomaren Waffen (CBRN) gelangen könnten;
3. **betonend**, dass der Schutz der Zivilbevölkerung vor Terrorakten und Naturkatastrophen und technischen Katastrophen vorrangig in den nationalen Verantwortungsbereich fällt;
4. jedoch **anerkennend**, dass es sich bei dem Terrorismus um ein Phänomen ohne Grenzen handelt, das nur im Wege eines koordinierten, die verschiedensten Aspekte einbeziehenden Vorgehens besiegt werden kann;
5. **überzeugt davon**, dass Solidarität und Zusammenarbeit auch dort von zentraler Bedeutung sind, wo es darum geht, sich auf Naturkatastrophen und technische Katastrophen vorzubereiten und auf diese zu reagieren;
6. **anerkennend**, dass das Nordatlantische Bündnis, das auf der kollektiven Verteidigung seiner Mitglieder und auf dem Grundsatz der Solidarität beruht, in hohem Maße dazu beitragen kann, den Schutz der Zivilbevölkerung in den Ländern der Alliierten und ihrer Partner zu verstärken;
7. die erheblichen Anstrengungen **lobend**, welche die Alliierten und ihre Partner seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten unternommen haben, um von Terrorangriffen und Naturkatastrophen und technischen Katastrophen abzuschrecken beziehungsweise diese zu verhüten, einen Schutz gegen sie aufzubauen und auf sie zu reagieren;
8. insbesondere das Nordatlantische Bündnis für die Schritte **lobend**, mit denen es sich bereits darauf vorbereitet hat, nach einem möglichen Terrorangriff oder einer Naturkatastrophe und technischen Katastrophe ein dadurch getroffenes Land zu unterstützen, soweit dies erforderlich wird;
9. die Erklärung des Gipfels von Riga **begrüßend**, in welcher die Regierungen der Bündnisparteien „[ihre] Entschlossenheit erneut zum Ausdruck bringen, [ihre] Bevölkerung, ihr Staatsgebiet, ihre Infrastruktur und ihre Streitkräfte vor den Folgen von Terroranschlägen zu schützen“;
10. darauf **hinweisend**, dass die Maßnahmen des Bündnisses zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Terrorakten und Naturkatastrophen und technischen Katastrophen eine breite Vielfalt von Aufgaben, Aktivitäten und Operationen umfassen;
11. **überzeugt davon**, dass die Wirksamkeit dieser Maßnahmen sich weiter erhöhen ließe, wenn die Ziele des Engagements der Allianz geklärt würden und sie ihre Politik und die dazugehörigen Instrumente entsprechend straffen könnte;
12. des Weiteren **betonend**, dass die Maßnahmen der Allianz einer engen Koordinierung mit dem Vorgehen anderer, einschlägiger internationaler Organisation

## EntschlieÙung 360

betr. **Rolle und Aufgabe der NATO beim Zivilschutz**

vorgelegt vom Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit und verabschiedet von der Plenarversammlung am Dienstag, dem 9. Oktober 2007 in Reykjavik, Island

Die Versammlung,

1. die Tatsache **anerkennend**, dass der Terrorismus nach wie vor eine ernsthafte Bedrohung für die Bündnispartner ebenso wie für ihre Partnerstaaten darstellt;



und insbesondere mit dem Handeln der Vereinten Nationen und der Europäischen Union bedarf;

13. **fordert** die Regierungen und die Parlamente der Mitglied- und Partnerstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **nachdrücklich auf**,
- a. ihre individuellen und kollektiven Bemühungen um eine Bewältigung der von dem Terrorismus ausgehenden Bedrohung zu intensivieren;
  - b. ihre Vorbereitungen so zu intensivieren, dass sie in der Lage sind, einen erfolgten CBRN-Angriff so früh wie nur möglich als solchen zu erkennen;
  - c. zu erkennen und anzuerkennen, dass die Bekämpfung des Terrorismus ein langfristiges Engagement erfordert, und dass die Unterstützung durch die Bevölkerung dabei eine entscheidende Voraussetzung für den Erfolg derartiger Bemühungen darstellt;
  - d. anzuerkennen, dass die Allianz einen leistungsfähigen Rahmen für die Förderung von koordinierten Vorgehensweisen beim Zivilschutz und die Sicherung eines Konsenses über koordinierte beziehungsweise gemeinsame Maßnahmen bietet;
  - e. eine Diskussion über Rolle und Aufgabe der NATO beim Zivilschutz als eine Komponente in ihre laufenden Überlegungen über die Umwandlung der NATO und ihr zukünftiges strategisches Konzept einzubeziehen;
  - f. sich für eine verstärkte Klärung der Zielstellungen und eine Straffung des Beitrages der Allianz zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Terrorakten und Naturkatastrophen und technischen Katastrophen einzusetzen und dabei auf den Richtlinien aufzubauen, die in der Erklärung des Gipfels von Riga und mit der *Comprehensive Political Guidance* aufgestellt wurden;
  - g. sicherzustellen, dass die Rolle und Aufgabe der Allianz beim Zivilschutz sich eher an politischen als an Kapazitätserwägungen orientiert und dass sie sich in ihrem Handeln von den Erfordernissen leiten lässt;
  - h. den Anstoß zu weiteren praktischen Manövern nach dem Bilde des im Jahre 2007 in Kroatien durchgeführten IDASSA-Manövers zu geben, bei denen internationale Zivil- und Militärkräfte darauf vorbereitet werden sollen, auf ein Hilfsersuchen seitens eines betroffenen Landes zu reagieren und dieses bei der Bewältigung der Folgen von Terroranschlägen oder Naturkatastrophen und technischen Katastrophen zu unterstützen;
  - i. den Einsatz der militärischen Fähigkeiten der NATO zur Unterstützung bei Zivilschutzaufgaben zu klären und über Sinn und Relevanz einer Doktrin zu dieser Frage nachzudenken;
  - j. diejenigen Zivilschutzaufgaben herauszuarbeiten, deren Durchführung im Rahmen von Operationen der Allianz zukommen könnte, wobei beispielsweise der Schutz von lebenswichtigen Infrastruk-

tureinrichtungen im Operationsgebiet in Frage kommen könnte, und die entsprechenden Pläne zu erarbeiten;

- k. über zusätzliche Funktionen und Aufgaben für die NATO beim Schutz von lebenswichtigen Infrastruktureinrichtungen, namentlich in den Bereichen von Energie und Information, nachzudenken;
- l. sicherzustellen, dass es bei den Maßnahmen der Allianz nicht zu Überschneidungen mit bereits laufenden Anstrengungen kommt, sondern sich vielmehr auf diejenigen Politikfelder zu konzentrieren, auf denen die Allianz einen tatsächlichen Mehrwert beisteuern kann;
- m. eine engere Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und besonders mit den Vereinten Nationen und der Europäischen Union, einschließlich der Europäischen Kommission, zu fördern;
- n. sicherzustellen, dass die notwendigen Verfahren eingehalten werden bei der Erfassung und Fortschreibung der Bestandslisten von Waffen und Munition, die den lokalen Sicherheitskräften von der NATO während ihrer Mission zur Verfügung gestellt werden, um zu verhindern, dass diese Waffen in die Hände von Mitgliedern terroristischer Organisationen gelangen;
- o. die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, internationale Finanzierungsmechanismen zu schaffen, die eine wirksame Antwort auf Terrorangriffe sowie auf Naturkatastrophen und technische Katastrophen gestatten würden.

#### EntschlieBung 361

##### betr. **die fortdauernde Rolle der NATO in Afghanistan**

vorgelegt vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit und verabschiedet von der Plenarversammlung am Dienstag, dem 9. Oktober 2007 in Reykjavik, Island

Die Versammlung,

1. **in Bekräftigung** der Bedeutung der NATO-Mission in Afghanistan und **feststellend**, dass der Erfolg der Mission von entscheidender Bedeutung für das zukünftige Wohlergehen des afghanischen Volkes und für die anhaltende Glaubwürdigkeit der NATO als einem internationalen Akteur ist;
2. die strategische Bedeutung der Mission **hervorhebend** zur Sicherstellung der Stabilisierung und des Wiederaufbaus in Afghanistan und zur Verhinderung, dass die Region ein Zufluchtsort für den internationalen Terrorismus oder ein Drogenstaat wird;
3. **mit Lob** für die ausgezeichnete Leistung unserer Streitkräfte in Afghanistan und jene der verbündeten Staaten unter sehr schwierigen Bedingungen und **mit Ehrerbietung** vor jenen, die ihr Leben bei dieser Mission ließen;

4. **mit Lob** für die erfolgreiche Ausweitung der Zuständigkeiten der NATO auf das gesamte afghanische Staatsgebiet;
5. **mit Besorgnis feststellend**, dass es ein Wiederentstehen gewalttätiger Opposition in Afghanistan sowie ein zunehmendes Drogenproblem, anhaltende Korruption und einen begrenzten Eingriffsmöglichkeit der Zentralregierung gibt;
6. **in der Erkenntnis**, dass die Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) eine vorübergehende Streitkraft ist und dass die Ausbildung und Ausstattung der nationalen Sicherheitskräfte Afghanistans das letztendliche Ziel sein wird im Hinblick auf die Schaffung einer umfassenden Sicherheit für ganz Afghanistan;
7. **davon ausgehend**, dass es langfristig nicht nur eine einfache militärische Lösung für die Probleme Afghanistans geben wird und dass eine politische Lösung für Afghanistan von absoluter Bedeutung ist;
8. **feststellend**, dass es nur eine begrenzte Präsenz anderer internationaler Organisationen, wie z. B. der Vereinten Nation und der Europäischen Union, gibt, und **in der Erkenntnis**, dass die Rolle der NATO nur eines der notwendigen Elemente bei der Stabilisierung Afghanistans ist;
9. **in der Erkenntnis**, dass es zwangsläufig eine sehr langfristige und viele Facetten umfassende Mission ist;
10. **mit Genugtuung** über die zusätzlichen Beiträge einiger NATO-Mitglieder, aber auch **mit Ermutigung** an alle Mitgliedstaaten, sich die Risiken und Kosten unserer gemeinsamen Beschlüsse vollständig zu teilen;
11. **feststellend**, dass die NATO-Kommandeure weiterhin nicht genügend Personal und Ausstattung zur Verfügung haben, um die ihnen übertragenen Aufgaben auf der Grundlage unserer gemeinsamen Beschlüsse ausführen zu können, und **bedauernd**, dass nicht genügend zusätzliche Kräfte und Mittel im angemessenen Maße und wie gefordert bereitgestellt werden;
12. **ferner** mit Besorgnis **feststellend**, dass unzureichendes Personal und Ausstattung das Risiko für unsere Truppen wie für unschuldige Bürger – einheimische oder andere – erhöhen kann;
13. **fordert** die Regierungen und Parlamente des Nordatlantischen Bündnisses **nachdrücklich auf**,
  - a. ihr Engagement zur Unterstützung der afghanischen Regierung zu bekräftigen, um ein sicheres und stabiles Umfeld für das afghanische Volk zu schaffen;
  - b. einen politischen Dialog einzuleiten, der zu einer gemeinsamen strategischen Vision für Afghanistan führt und auf dem Gipfeltreffen in Bukarest im Jahre 2008 bekräftigt werden könnte;
- c. die von unseren militärischen Führern für die Ausführung der von uns übertragenen Mission für notwendig gehaltenen Personal- und Ausstattungsmittel zur Verfügung zu stellen und zusätzliche Ausbildungsteams, Hubschrauber und Mittel der Nachrichtengewinnung, Überwachung, Aufklärung unverzüglich zur Verfügung zu stellen;
- d. den Austausch von Richtlinien für „bewährte Praktiken“ für Wiederaufbauteams zu ermutigen, damit ihre Wirksamkeit maximiert werden kann;
- e. die Aussicht einer direkten NATO-Beteiligung an den Drogenbekämpfungsanstrengungen zur Unterstützung der afghanischen Regierung erneut in Betracht zu ziehen;
- f. weiter jene nationalen Mängel zu reduzieren, die die Fähigkeit der Kommandeure beeinträchtigen könnten, Operationen mit bestmöglicher Wirkung zu planen und durchzuführen;
- g. die Anstrengungen fortzusetzen zur Verminderung von Todesfällen unter der Zivilbevölkerung und gleichzeitig falsche und übertriebene diesbezügliche Berichte richtigzustellen;
- h. sicherzustellen, dass politische Hindernisse in Brüssel nicht die umfassende und notwendige Zusammenarbeit vor Ort zwischen der NATO und anderen internationalen Organisationen, insbesondere der EU, gefährden;
- i. in den Regionen in Afghanistan, in denen die Gefahr durch Aufständische am größten ist, die NATO-Streitkräfte zu erhöhen.

## EntschlieÙung 362

betr. **die Unterstützung der drei Kandidaten aus der Adria-Region im Hinblick auf die Mitgliedschaft in der NATO**

vorgelegt vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit und verabschiedet von der Plenarversammlung am Dienstag, dem 9. Oktober 2007 in Reykjavik, Island

Die Versammlung,

1. **unter Hinweis** darauf, dass nach Artikel 10 des Nordatlantikvertrags „Die Vertragsparteien durch einstimmigen Beschluss jeden anderen europäischen Staat, der in der Lage ist, die Grundsätze dieses Vertrags zu fördern und zur Sicherheit des nordatlantischen Gebietes beizutragen, zum Beitritt einladen können“;
2. **unter Hinweis** auf ihre Pariser Erklärung 348 aus dem Jahre 2006 betreffend die Unterstützung von Albanien, Kroatien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien für eine NATO-Mitgliedschaft, in welcher auf die Möglichkeit hingewiesen wurde, dass eine Beitrittseinladung im Jahre 2008 ausgesprochen werden könnte;

3. **unter Hinweis** auf die Politik der „offenen Tür“ der NATO, die erst kürzlich bei der Einladung an Serbien, Montenegro und Bosnien und Herzegowina zur Mitgliedschaft in der Partnerschaft für den Frieden zum Ausdruck gebracht wurde und die Fortschritte bei den Verteidigungsreformen in Georgien **feststellend**, die mit dem Ziel unternommen werden, auf dem Gipfeltreffen in Bukarest eine Einladung zur Mitgliedschaft in der Partnerschaft für den Frieden zu erhalten;
4. **hervorhebend**, dass die Erweiterung der NATO insofern ein eindeutiger Erfolg war, als dass sie die Anstrengungen der NATO durch neue Beitragende bereichert und Sicherheit und Stabilität auf den gesamten euroatlantischen Raum ausgedehnt hat, wie sich erst kürzlich durch den Beitritt von sieben Staaten zum Bündnis im Jahre 2004 gezeigt hat;
5. **erneut bekräftigend**, dass die Fortsetzung einer regional ausgewogenen Erweiterung ein wesentliches Element des laufenden Transformationsprozesses der NATO ist;
6. **in Anerkennung** und **Würdigung** der von Albanien, Kroatien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien unternommenen Anstrengungen im Hinblick auf die NATO-Mitgliedschaft und **mit Lob** für ihre regionale Solidarität;
7. **feststellend**, dass Albanien, Kroatien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien ihre Fortschritte im Hinblick auf die NATO-Mitgliedschaft durch erfolgreiche Reformprogramme im Inland sowie durch ihre Beiträge zu den *Out-of-area*-Operationen der NATO unter Beweis gestellt haben, aber auch **in der Erkenntnis**, dass es spezielle Bereiche gibt, in denen jeder der drei Anwärterstaaten noch weitere Verbesserungen herbeiführen muss;
8. **in Anerkennung** der wichtigen und konstruktiven Rolle, die von diesen Staaten bei der Unterstützung der Anstrengungen der Staatengemeinschaft zur Lösung der Statusfrage des Kosovo, beim Aufbau regionaler Stabilität, bei der Schaffung gut nachbarlicher Beziehungen und bei der Gewährleistung des Schutzes der Menschen- und Minderheitenrechte übernommen werden kann;
9. gegenüber den Beitrittskandidaten **betonend**, wie wichtig es ist, ihre laufenden Reformanstrengungen beizubehalten und wie notwendig es ist, die Unumkehrbarkeit ihrer Reformprozesse deutlich zu machen und jedes eingeladene Land **daran erinnernd**, dass falls es bei seinen Reformverpflichtungen scheitern sollte, die Mitgliedsparlamente der Versammlung entscheiden können, die Ratifizierung des von jedem Land für den Beitritt zum Bündnis benötigten Vertragsprotokolles hinauszuschieben oder abzulehnen;
10. **fordert** die Staats- und Regierungsoberhäupter der Mitgliedstaaten des Bündnisses **auf**, auf ihrem nächsten Gipfeltreffen in Bukarest im April 2008
  - a. jene Anwärterstaaten, die für die Mitgliedschaft im Bündnis als vorbereitet eingestuft werden und von denen man der Ansicht ist, dass ihr Beitritt die Sicherheit und Stabilität im euroatlantischen Raum stärken wird, einzuladen, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen;
  - b. die Fortführung der Politik der „offenen Tür“ nach dem Gipfeltreffen von Bukarest zu bekräftigen und Beitrittskandidaten auf ihrem Weg zur NATO-Mitgliedschaft weiterhin zu unterstützen;
11. **fordert** ihre Mitglieder **auf**, sich aktiv in ihren jeweiligen nationalen Parlamenten für eine spätere Ratifizierung der notwendigen Vertragsprotokolle einzusetzen;
12. **ist der Auffassung**, dass die zukünftige Erweiterung der NATO ein wesentlicher Bestandteil der fortdauernden Bedeutung des Nordatlantischen Bündnisses ist.

## EntschlieBung 363

betr. **das Wiedersehen mit der transatlantischen Lastenteilung**

vorgelegt vom Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit und verabschiedet von der Plenarversammlung am Dienstag, dem 9. Oktober 2007 in Reykjavik, Island

Die Versammlung,

1. **in der Erkenntnis**, dass die Militärausgaben und die Lastenteilung in der Allianz wie in den politischen Systemen ihrer Mitglieder in das Zentrum der aktuellen politischen und strategischen Diskussion gerückt sind;
2. **in dem Bewusstsein**, dass die Militäroperationen den Haushaltsdruck auf die Regierungen der Verbündeten deutlich erhöht haben;
3. **besorgt darüber**, dass angespannte nationale Verteidigungshaushalte auch langfristige militärische Investitionen und die militärische Transformation stark belasten;
4. **voller Bedauern** über die unzulängliche Zusammenarbeit zwischen der wehrtechnischen Industrie und den Beschaffungsinstanzen innerhalb der Allianz und generell zwischen Nordamerika und Europa;
5. **in der Einsicht**, dass eine Finanzierung von NATO-Einsätzen allein nach dem Grundsatz „Kosten werden getragen, wo sie anfallen“ die Solidarität unter den Verbündeten potenziell schwächt, sodass Untersuchungen nötig sind, um zu klären, wie Kostenteilungsmethoden in die Einsatzfinanzierung einbezogen werden könnten;
6. **jedoch feststellend**, dass die Teilnahme nationaler Truppenverbände an NATO-Missionen, wo diese angemessen und machbar erscheint, der beredteste Aus-

- druck der Bereitschaft eines Staates sein kann, seinen Anteil an der kollektiven Sicherheitslast zu tragen;
7. **feststellend**, dass gemeinsam finanzierte Projekte, gemeinsame Beschaffung und ein wirklich offener Wettbewerb zwischen Wehrtechnikunternehmen aus allen verbündeten Staaten die finanzielle Berechenbarkeit erhöhen, die Effizienz steigern und für die langfristige militärische Transformation erforderliche Mittel freimachen;
  8. **in der Erkenntnis**, dass die gemeinsame Agenda der NATO und der EU immer noch viel zu eingeschränkt ist, insbesondere angesichts der gemeinsamen Werte der beiden Institutionen und der Tatsache, dass 21 NATO-Mitglieder auch der EU angehören, dass beide Institutionen vielfach mit der gleichen Steuergrundlage arbeiten, gemeinsam an der Förderung der Kostendegression im Wehrtechniksektor interessiert sind und an der Entwicklung zur militärischen Transformation beitragender Technologien, Ausrüstungen und Doktrinen beteiligt sind;
  9. **fordert mit Nachdruck** von den Mitgliedsregierungen und den Parlamenten des Nordatlantischen Bündnisses
    - a. die Ausweitung der transatlantischen Zusammenarbeit in einer Reihe von die wehrtechnische Beschaffung und operative Einsätze betreffenden Angelegenheiten, da rein nationale Ansätze sich ganz einfach als zu teuer erweisen;
    - b. die transparente oder gar öffentliche Untersuchung der Bereiche, in denen bestimmte Verbündete gemeinsam vereinbarten kollektiven Verpflichtungen nicht nachkommen;
    - c. die Erarbeitung von Methoden, um den verbündeten Staaten dabei zu helfen, ihren operativen und das Verteidigungsbudget betreffenden Verpflichtungen besser nachzukommen;
    - d. die Ermittlung verschiedener Möglichkeiten, die Einsatzkosten und die Teilnahme an Missionen politisch nachhaltig und wirtschaftlich tragfähig gemeinsam zu übernehmen;
  10. **fordert mit Nachdruck** von der NATO und der Europäischen Union
    - a. die Übernahme gemeinsamer Schulungsprogramme, gemeinsamer Standards und transparenter Planungsabläufe, die die Interoperabilität zwischen NATO- und EU-Kräften verbessern und die Kosten senken;
    - b. die Förderung des Dialogs innerhalb der Allianz und zwischen der NATO und der EU, der zu praktischen Verbesserungen der Fähigkeiten führen wird, die keine Überschneidungen und keine Doppelarbeit nach sich ziehen;
    - c. die Vertiefung des NATO-EU-Dialogs über Zivilschutz, Hilfe, Wiederaufbau nach Konflikten sowie polizeiliche und justizielle Unterstützung, damit beide Institutionen besser für die Zusammen-

menarbeit in krisengeschüttelten Regionen gerüstet sind;

- d. die Anerkennung des Wertes der die Kriegführung und die Friedenserhaltungsfähigkeiten betreffenden Fähigkeiten als Grundbestandteile jeder Form der Lastenteilung und die Gewährleistung, dass nordamerikanische wie europäische Streitkräfte beide Aufgaben übernehmen können;
- e. die Senkung der Schranken für die Beschaffung wehrtechnischer Ausrüstungen in Europa und in Nordamerika, um Kosten zu senken, den Wettbewerb zu steigern und den Steuerzahlern eine angemessene Rendite für ihre Anlagen bei Wehrtechnikfirmen zu gewähren;
- f. die Einsicht darin, dass, soweit ein einheitlicher europäischer Wehrtechnikmarkt aufgebaut wird, dieser den nordamerikanischen Partnern offenstehen sollte, die ihrerseits erwägen sollten, ohne Diskriminierung europäische wehrtechnische Ausrüstungen zu kaufen.

#### EntschlieÙung 364

#### betr. die NATO-Russland-Beziehungen

vorgelegt vom Politischen Ausschuss und verabschiedet von der Plenarversammlung am Dienstag, dem 9. Oktober 2007 in Reykjavik, Island

Die Versammlung,

1. **in Würdigung** – anlässlich des 5. Jahrestages der Erklärung von Rom und des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der NATO-Russland-Gründungsakte – der festzustellenden Fortschritte bei der Erweiterung und der Vertiefung der strategischen NATO-Russland-Partnerschaft und der Erfolge beim politischen Dialog und bei der konkreten Zusammenarbeit im NATO-Russland-Rat;
2. **in der Überzeugung**, dass enge NATO-Russland-Beziehungen für die Sicherheit und Stabilität der euroatlantischen Region und darüber hinaus nach wie vor absolut entscheidend sind;
3. **in Anerkennung** der weitreichenden Zusammenarbeit in einer Reihe von Bereichen, insbesondere auf militärischer Ebene, und der Zusammenarbeit bei der Verteidigungsreform, bei der Bekämpfung des Terrorismus und der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie bei der Reaktion auf Naturkatastrophen und Katastrophen anderer Art;
4. **hervorhebend**, dass die Verbündeten und Russland eine Vielzahl von Sicherheitsproblemen gemeinsam haben, wozu die von terroristischen Gruppen ausgehende Bedrohung, die fortbestehende Instabilität Afghanistans, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Irans Nuklear- und Raketenprogramme gehören;

5. **unter Hinweis darauf**, dass die Fortsetzung der euroatlantischen Integration und die Erweiterung Hand in Hand mit der Förderung gut nachbarschaftlicher Beziehungen zwischen den Partnerländern gehen;
6. **davon überzeugt**, dass eine Reihe von ungelösten territorialen Fragen – insbesondere der Südkaukasus, Moldau, der endgültige Status des Kosovo – ebenso wie die Instabilität im Nordkaukasus nach wie vor die europäische Stabilität bedrohen und **hervorhebend**, dass Russland besondere Verantwortung zur Förderung einer friedlichen Lösung dieser Streitigkeiten trägt;
7. **feststellend**, dass die von der russischen Regierung getroffenen Maßnahmen ihre Zivilgesellschaft geschwächt, öffentliche Freiheiten eingeschränkt und die freien Medien behindert haben, was negative Auswirkungen auf die NATO-Russland-Beziehung hatte;
8. **besorgt** über Russlands Politik gegenüber einigen seiner Nachbarländer und **überzeugt**, dass die Schaffung guter Beziehungen zwischen Russland und seinen Nachbarländern für die regionale und europäische Sicherheit und Stabilität wesentlich ist;
9. **davon überzeugt**, dass der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) und der Vertrag über nukleare Mittelstreckenwaffen (INF) nach wie vor für die euroatlantische Sicherheit wesentlich sind und **mit Bedauern** darüber, dass Russland ein Moratorium des KSE-Vertrages angekündigt hat und in Betracht zieht, den INF-Vertrag von 1984 aufzukündigen;
10. **fordert** die Regierung und das Parlament Russlands **nachdrücklich auf**,
  - a. den Vertrag über die Energiecharta zu ratifizieren und sicherzustellen, dass Energie nicht als ein Mittel benutzt wird, um Druck auf Nachbarländer auszuüben;
  - b. alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um einen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit Georgiens zu leisten und eng mit Georgien zusammenzuarbeiten, um die Konflikte in Abchasien und Südossetien entsprechend Russlands Verpflichtungen nach der Charta der Vereinten Nationen und seinen besonderen Zuständigkeiten im Rahmen der jeweiligen Verhandlungen friedlich zu lösen;
  - c. die restlichen Istanbul-Verpflichtungen uneingeschränkt umzusetzen;
  - d. den KSE- und den INF-Vertrag beizubehalten;
  - e. eng zusammenzuarbeiten bei der Ausarbeitung einer Lösung hinsichtlich des endgültigen Status des Kosovo und anzuerkennen, dass die zukünftige internationale Präsenz im Kosovo eine tragfähige rechtliche Grundlage benötigen wird;
- f. so eng wie möglich zu kooperieren, um den Iran zu überzeugen, den Forderungen des VN-Sicherheitsrates nachzukommen;
- g. sicherzustellen, dass die bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Russland entsprechend den Standards der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und des Europarates durchgeführt werden;
11. **fordert** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **nachdrücklich auf**,
  - a. die Kooperation mit Russland bei der Stabilisierung Afghanistans weiter zu verstärken;
  - b. wann immer möglich ein Höchstmaß an Zusammenarbeit sicherzustellen;
  - c. die Entwicklung von positiven und konstruktiven Beziehungen zwischen Russland und seinen Nachbarländern zu ermutigen;
  - d. die Interoperabilität zwischen der NATO und Russland zu verstärken und mögliche gemeinsame friedenssichernde Operationen in Betracht zu ziehen;
  - e. die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, die aktuellen gemeinsamen Bemühungen von NATO und Russland auf dem Gebiet der Theatre Missile Defence (Abwehr von Kurz- und Mittelstreckenraketen zum Schutz eingesetzter Kräfte), die die Basis für eine integriertere und umfassendere Herangehensweise bei der Raketenabwehrarchitektur für Europa werden könnten, auszuweiten;
  - f. die Konsultationen mit Russland hinsichtlich der Frage, wie mit international aktiven terroristischen Gruppen umzugehen ist, weiter zu verbessern;
12. **ruft** die Regierung der Vereinigten Staaten und die russische Regierung dazu **auf**, den Dialog über die geplante Stationierung von Teilen des US-Flugkörperabwehrsystems in Polen und der Tschechischen Republik zu intensivieren und dabei die Unteilbarkeit der euroatlantischen Sicherheit zu berücksichtigen.

## EntschlieÙung 365

betr. **die Transformation der NATO**

vorgelegt vom Politischen Ausschuss und verabschiedet von der Plenarversammlung am Dienstag, dem 9. Oktober 2007 in Reykjavik, Island

Die Versammlung,

1. **betonend**, dass die Kernaufgabe der NATO die kollektive Verteidigung bleibt, jedoch anerkennend, dass die heutigen Sicherheitsrisiken, einschließlich Staaten, in denen jegliche Ordnung zusammengebrochen ist und Staaten, in denen sich jegliche Ordnung derzeit in Auflösung befindet, regionale Instabilität, die

- Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Terrorismus, einen umfassenden Ansatz in Bezug auf die Sicherheit erfordern;
2. **unterstreichend**, dass das Bündnis auf Werten und Solidarität basiert und dass die Risiken und Kosten der gemeinsamen Entscheidungen auf alle Mitglieder verteilt werden;
  3. **feststellend**, dass wir, nachdem das Bündnis seinen Fokus von regionalen auf globale Sicherheitsbedrohungen verschiebt, einen tragfähigen Konsens hinsichtlich der Ziele und Mittel aufbauen müssen, bevor wir uns bei zukünftigen Einsätzen engagieren;
  4. **unterstreichend**, dass die Verpflichtungen der Verbündeten, insbesondere diejenigen, die langfristige solide Engagements erfordern, der Unterstützung der Öffentlichkeit unserer Mitgliedstaaten bedürfen und dass die Rolle der Parlamente dabei entscheidend ist;
  5. **in der Erkenntnis**, dass zukünftige Missionen militärische und nichtmilitärische Bestandteile umfassen müssen, die in einer koordinierten Art und Weise umgesetzt werden müssen;
  6. **in Anerkennung dessen**, dass die Annahme aktueller und zukünftiger Herausforderungen eine internationale und regionale Kooperation, auch mit zivilen Akteuren, erfordern wird;
  7. **mit Bedauern darüber**, dass sich die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU und den VN nur marginal verbessert hat;
  8. **bekräftigend**, dass die aktuellen und zukünftigen Missionen der NATO nicht zeitlich unbefristet sein können und dass über den Erfolg der NATO-Operationen letztlich lokale Streitkräfte und Institutionen entscheiden;
  9. **fordert** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedsländer des Nordatlantischen Bündnisses **nachdrücklich auf**,
    - a. die fortbestehende Bedeutung der NATO als das wesentliche transatlantische Forum für Diskussion und Einigung hinsichtlich der Prioritäten und der ihren Mitgliedern für die gemeinsame Verteidigung zur Verfügung stehenden Mittel zu bekräftigen;
    - b. so bald wie möglich Diskussionen über ein neues strategisches Konzept für die Allianz aufzunehmen, das auch als Rahmen für die Definition und die Einigung über eine umfassende, nachhaltige und langfristige Strategie für zukünftige Operationen dient;
    - c. die Entwicklung eines neuen umfassenden Ansatzes in Bezug auf die Sicherheit durch die NATO, der ein verstärktes Schwergewicht auf die zivilmilitärische Zusammenarbeit legt, zu unterstützen und zu fördern;
    - d. die gegenüber der NATO eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten, einschließlich der Bereitstellung ausreichender Haushaltsmittel und der Weiterverfolgung von Zusagen des Aufbaus von Streitkräften;
  - e. die NATO mit der Erarbeitung einer Strategie für einen besser strukturierten Dialog und eine Abstimmung mit Nichtregierungsorganisationen (NROs) zu beauftragen und ein zentrales Forum für den NRO-Dialog im NATO-Hauptquartier einzurichten;
  - f. die Koordination und Kooperation innerhalb der und zwischen den Mitgliedstaaten zu verbessern und die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren, insbesondere den VN, der EU und Partnerländern, zu vertiefen;
  - g. der Weiterentwicklung von Ausbildungsfähigkeitskapazitäten und Reformfähigkeiten im Sicherheitsbereich der NATO zusätzlichen Nachdruck zu verleihen und ihre Fähigkeiten im Bereich der Sicherheitsreform zu erweitern und gleichzeitig die EU zu ermutigen, bei der Übernahme neuer Verpflichtungen in diesem Bereich Überschneidungen zu vermeiden;
  - h. zu überlegen, ob die NATO bei Fragen der inneren Sicherheit eine koordinierende Rolle übernehmen sollte;
  - i. sowohl individuell als auch kollektiv verstärkt auf öffentliche Diplomatie zu setzen, um über die Aufgaben und Fähigkeiten der NATO besser zu informieren;
10. **ermutigt** die Vereinten Nationen,
- a. die im September 2005 erarbeitete „Erklärung“ der Vereinten Nationen und der NATO zu unterzeichnen;
  - b. mit der NATO bei der Reform des Sicherheitssektors zu kooperieren.

## EntschlieÙung 366

betr. **Raketenabwehr**

vorgelegt vom Ausschuss für Wissenschaft und Technologie und verabschiedet von der Plenarversammlung am Dienstag, dem 9. Oktober 2007 in Reykjavik, Island

Die Versammlung,

1. **hervorhebend**, dass der Schutz seiner Bevölkerung und seines Staatsgebietes weiterhin oberstes Ziel des Nordatlantischen Bündnisses bleibt;
2. **besorgt**, dass trotz multinationaler Anstrengungen, wie des Trägertechnologie-Kontrollregimes und des Internationalen Verhaltenskodexes gegen die Proliferation ballistischer Flugkörpern die Zahl der Staaten sowie der nichtstaatlichen Akteure mit ballistischer Flugkörperfähigkeit zugenommen hat;
3. **davon überzeugt**, dass Diplomatie und Nichtverbreitungsmaßnahmen weiterhin die wichtigsten Mittel

- bleiben müssen, um die globale durch diese Massenvernichtungswaffen und ihre Trägermittel entstandene Gefahr zu verringern;
4. dennoch **in der Auffassung**, dass die Stationierung begrenzter und verlässlicher Raketenabwehrsysteme mit dem Ziel, sowohl das Staatsgebiet des Bündnisses als auch NATO-Truppen zu schützen, dazu beitragen würde, die transatlantische Sicherheit zu stärken;
  5. **mit Befriedigung** darüber, dass bestehende Raketenabwehrprogramme, einschließlich des landgestützten Raketenabwehrsystems (GMD) der Vereinigten Staaten nicht das strategische Gleichgewicht in Europa sowie das Gleichgewicht zwischen den Vereinigten Staaten und der Russischen Föderation stören würden;
  6. dennoch **in der Erkenntnis**, dass der Vorschlag der Vereinigten Staaten, Bestandteile ihres GMD-Systems in Polen und der Tschechischen Republik zu stationieren, Spannungen zwischen ihnen und der Russischen Föderation und andere Bedenken hervorgerufen hat, wie zum Beispiel eine ungleiche Erfassung des Bündnisgebietes und das potentielle Entstehen eines neuen Wettrüstens;
  7. **in Anerkennung** des souveränen Rechts der Verbündeten, bilaterale Verteidigungskooperationsprojekte mit dem Ziel der Stärkung ihrer Sicherheit durchzuführen;
  8. jedoch auch **in der Erkenntnis**, dass der vorgeschlagene amerikanische Raketenabwehrplan Auswirkungen auf die Sicherheit des gesamten Bündnisses und der gesamten euroatlantischen Region haben kann;
  9. **sich dessen bewusst**, dass die Staatsgebiete unserer südöstlichen europäischen Verbündeten nicht von dem vorgeschlagenen Raketenabwehrsystem erfasst würden;
  10. daher **davon überzeugt**, dass die NATO und ihre Mitgliedstaaten bei der Gestaltung eines europaweiten Raketenabwehrsystems mit einbezogen werden sollten;
  11. **bestürzt** über die Drohungen hochrangiger russischer Vertreter, dass die Russische Föderation als Antwort auf den Raketenabwehrplan der Vereinigten Staaten sich aus mehreren internationalen Rüstungskontrollabkommen zurückziehen könnte, einschließlich aus dem Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) und dem Vertrag über die nuklearen Mittelstreckensysteme;
  12. **fordert** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **nachdrücklich auf**,
    - a. weiterhin Studien zu unterstützen zur Beurteilung der Durchführbarkeit und Verlässlichkeit verschiedener Raketenabwehrsysteme und deren möglichen Alternativen;
    - b. Zusammenarbeit und Informationsaustausch mit der Russischen Föderation im Bereich der Raketenabwehr zu verstärken und dabei die Prinzipien der Transparenz und des guten Glaubens anzuwenden;
    - c. auf dem Gipfeltreffen im Jahre 2008 in Bukarest eine detaillierte Machbarkeitsstudie über ein zukünftiges europäisches Raketenabwehrsystem zu erstellen, welches bestehende und zukünftige Raketenabwehrsysteme in einer solchen Weise miteinander verbindet, dass sie die Unteilbarkeit der Sicherheit des Bündnisses gewährleisten;
    - d. die mögliche Rolle der NATO beim Kommando- und Kontrollsystem dieser Architektur festzulegen, möglichst durch Anwendung eines Ansatzes des „doppelten Hutes“;
    - e. eine genaue Beurteilung der technischen und finanziellen Bedingungen für eine mögliche Erweiterung des Systems der strategischen Abfang- und Abwehrraketen im Gefechtsfeld (ALTBMD – *Active Layered Theatre Ballistic Missile Defence*) der NATO dahingehend vorzunehmen, dass es eine angemessene Erfassung der Bevölkerungszentren jener südosteuropäischen Verbündeten beinhaltet, die nicht durch das vorgeschlagene amerikanische System geschützt werden können;
    - f. ausdrücklich die Möglichkeit der Stationierung von Raketenabfangsystemen im Weltraum auszuschließen;
    - g. weitere multinationale Nichtverbreitungsmechanismen, insbesondere das Raketenabwehr-Kontrollregime, zu stärken;
    - h. verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um der Öffentlichkeit und insbesondere jenen, die in der Nähe von Raketenabwehranlagen leben, Ziel und Besonderheiten der Raketenabwehrsysteme zu erläutern;
    - i. sorgfältig die möglichen Konsequenzen des Einsatzes eines Raketenabwehrsystems für die Umwelt zu untersuchen und diese bei der Beschlussfassung mit zu berücksichtigen;
  13. **fordert** die russische Regierung **auf**, die Zusammenarbeit im Bereich Raketenabwehr im Rahmen des NATO-Russland-Rates zu erweitern und zu verstärken.

## EntschlieÙung 367

betr. **Unterstützung der weltweiten Reaktionen angesichts des Klimawandels**

vorgelegt vom Ausschuss für Wissenschaft und Technologie und verabschiedet von der Plenarversammlung am Dienstag, dem 9. Oktober 2007 in Reykjavik, Island

Die Versammlung,

1. **die Auffassung vertretend**, dass neuere wissenschaftliche Studien, und hier insbesondere der Vierte Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimawandel, unstrittige Beweise für den Klimawandel liefern, dass der Klimawandel tatsächlich da ist und in hohem Maße durch den Menschen verursacht wird;
2. **in der Befürchtung**, dass Umwelt, Wirtschaft und sogar Gesundheit und Leben der Menschen durch den Klimawandel weltweit dramatisch Schaden nehmen werden, sofern keine sofortigen weltweiten Maßnahmen getroffen werden;
3. **in der Erkenntnis**, dass die Auswirkungen des Klimawandels auch geopolitische Konsequenzen haben werden und in den am stärksten betroffenen Regionen Instabilität und Konflikte verursachen können;
4. **in der Erkenntnis**, dass Sofortmaßnahmen zur Abmilderung der Auswirkungen des Klimawandels absolut wichtig sind;
5. **davon überzeugt**, dass es ökonomisch sinnvoller ist, in Abhilfemaßnahmen zu investieren als die vielfach höheren Kosten für die Folgen von Untätigkeit zu tragen;
6. **mit Genugtuung** über die von den Staats- und Regierungschefs der G8-Staaten, der Wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Asiatisch-Pazifischen Raum und der EU-Staaten zum Ausdruck gebrachte Entschlossenheit, den Verbrauch von Kohlenwasserstoffen durch ihre Volkswirtschaften signifikant zu reduzieren;
7. **ferner mit Genugtuung** über bilaterale, regionale und multilaterale Abmachungen sowie Initiativen von nachgeordneten Verwaltungseinheiten und der Industrie zur Förderung CO<sub>2</sub>-armer Technologien;
8. **davon überzeugt**, dass eine weltweite gemeinsame Vorgehensweise im Rahmen der Vereinten Nationen trotzdem weiterhin Priorität haben sollte;
9. **in Würdigung der** Bedeutung des Kyoto-Protokolls, **sich** aber dessen Defizite **bewusst** und es als ersten Schritt erachtend zu einem umfassenderen, weitergehenden und stabileren Rahmenwerk, das im kommenden Jahr vorgelegt werden sollte;
10. **inspiriert durch** den Erfolg des Montreal-Protokolls von 1987 zum Schutz der Ozonschicht, das von nahezu allen Ländern der Welt unterzeichnet wurde;
11. **davon überzeugt**, dass die im Dezember 2007 stattfindende UNFCCC-Konferenz in Bali der Wendepunkt für die kommenden Jahre bei der Bekämpfung des Klimawandels werden sollte;
12. **fordert** die Regierungen und Parlamente aller Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **nachdrücklich auf**, die Verhandlungen über ein Abkommen nach Ablauf des Kyoto-Protokolls zu unterstützen, welches Folgendes beinhalten würde:
  - a. Universalität: die Teilnahme der USA und Australiens ist von entscheidender Bedeutung;
  - b. weltweite Verantwortung: obwohl die Industrienationen auch weiterhin für das Gros der Abhilfemaßnahmen verantwortlich bleiben sollen, wird das neue Abkommen keine Wirkung zeigen, solange die Entwicklungsländer sich nicht ebenfalls zu gewissen Emissionsverringerungen verpflichten;
  - c. größerer Umfang: die Ziele in der nächsten Phase der Emissionsreduzierung müssen ehrgeiziger sein;
  - d. Ausgewogenheit: es bedarf des richtigen Gleichgewichts zwischen „flexiblen Mechanismen“ – die Industriestaaten müssen größere Fortschritte bei der Reduzierung der inländischen Emissionen erreichen anstatt sich zu sehr auf Emissionsgutschriften durch CDM (Mechanismen für umweltverträgliche Entwicklung) und gemeinsame Umsetzung zu verlassen;
  - e. Konzentration auf Anpassung: Bemühungen zur Anpassung verdienen mehr Aufmerksamkeit. Neue Initiativen zur Beschaffung zusätzlicher Gelder sind notwendig, um bereits gefährdeten Gemeinschaften zu helfen;
  - f. Einbindung: neue Sektoren, wie z. B. die Luftfahrt, die zu einem beträchtlichen Teil für die Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, müssen in das neue Rahmenwerk mit eingebunden werden;
  - g. Beendigung und Umkehr der Entwaldung: derartige Anstrengungen müssen gefördert werden, besonders in den Regionen des tropischen Regenwaldes;
  - h. „grüne“ Technologien: es sollte zu weiteren Investitionen ermutigt werden, insbesondere bei den erneuerbaren Energien und im Bereich von CCS (Carbon Capture and Storage/CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Lagerung);
  - i. Wirtschaft: die effektivere Nutzung verfügbarer Ressourcen sollte im Mittelpunkt bestehender Energiepolitik stehen.